



DEMOKRATIE FÄLLT NICHT VOM HIMMEL!

Familien im demokratischen Gemeinwesen

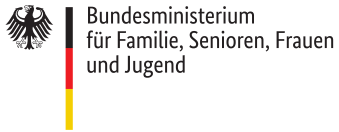
DOKUMENTATION 30

Fachtagung der eaf

13. / 14. September 2017

in Erfurt

Die eaf dankt dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für die finanzielle Unterstützung und allen Mitwirkenden für ihren Beitrag.



Dokumentation Nr. 30
Fachtagung der eaf 2017

Herausgeberin
evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf) e.V.
Auguststraße 80
10117 Berlin

tel 030 283 95 400
fax 030 283 95 450

mail info@eaf-bund.de
web www.eaf-bund.de

Redaktion Sabine Mundolf
Gestaltung Lachs von Achtern
Layoutumsetzung Janina Noormann
Titelbild fotolia

INHALTSVERZEICHNIS

GRUSSWORTE

Heike Werner

Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Seite 4

Diethard Kamm

Regionalbischof des Propstsprengels Gera-Weimar, Evangelische Kirche in Mitteldeutschland

Seite 7

VORTRÄGE

Dr. Jürgen Müller-Hohagen

Unbewusstes in Familie und Gesellschaft – Einfluss auf Wertevermittlung und Erziehung

Seite 9

Prof. Dr. Regina Kreide

Demokratie unter Druck?

Seite 26

Prof. Dr. Dierk Borstel

Umgang mit Rechtspopulismus - vor Ort und in der Familie?

Seite 34

ARBEITSGRUPPEN

Claudia Kittel

Kinder- und Jugendrechte ernst nehmen!

Seite 41

Carsten Bergstedt

Wie politisch ist Familienbildung?

Seite 46

Hanna Lorenzen

Demokratiebildung in einer Gesellschaft der Vielfalt

Seite 52

Lara Salewski

„Der Vertrag“ - eine Demokratie-Übung

Seite 58

REFERENTEN / REFERENTINNEN

Seite 63

GRUSSWORT



Heike Werner

HEIKE WERNER

Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Regionalbischof Kamm, sehr geehrte Frau Prof. Dr. Gerhard, sehr geehrte Frau Riemann-Hanewinkel, sehr geehrte Frau Kirchenrätin Bomm, sehr geehrte Frau Birckner, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie sehr herzlich im Erfurter Augustinerkloster. Ich freue mich sehr, dass die diesjährige Jahrestagung der eaf hier in unserer Landeshauptstadt stattfindet. Neben der historischen Bedeutung des Ortes, besonders im Jahr des Reformationsjubiläums, sehe ich diese Entscheidung auch als eine Wertschätzung der Arbeit, die durch den Landesarbeitskreis Thüringen geleistet wird.

Die evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf) zeichnet sich durch qualitativ hochwertige Elternbildungsarbeit aus. Gleichzeitig bringen sich die einzelnen Vertreterinnen und Vertreter sehr engagiert in verschiedenen Gremien auf Landesebene ein, sei es der Arbeitskreis der Thüringer Familienorganisationen, der Landesjugendhilfeausschuss, der Landesseniorenrat oder der Stiftungsrat der Stiftung Hand in Hand.

Bitte erlauben Sie mir zum heutigen Anlass, meinen Dank an die Geschäftsführerin Frau Birckner auszudrücken. Sie hat sich unglaublich engagiert bei der Erarbeitung des Landesprogramms für ein „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (LSZ) eingebracht. Auf das Landesprogramm möchte ich später noch eingehen. Überhaupt wäre ohne die eaf die familienpolitische Landschaft in Thüringen um Einiges ärmer. Vielen Dank für Ihre Unterstützung und die gute Zusammenarbeit in all den Jahren! Ihre vielen Ideen und fachlichen Impulse, Ihre Ehrlichkeit und Ihr Willen, sich aktiv in die Gestaltung der Rahmenbedingungen für Familien einzubringen, sind eine wichtige Stütze.

Wenn wir heute über Familien im demokratischen Gemeinwesen sprechen, dann bewegen wir uns auf zwei

Ebenen:

- › Die erste Ebene ist der Raum, in dem das ganz persönliche Familienleben passiert – in der Familie.
- › Die zweite Ebene umfasst all die Orte, in denen Familien in den Sozialraum hineinwirken, ihre Interessen artikulieren und sich einbringen.

In der Familie können wir jeden Tag die Prinzipien der Demokratie live miterleben: das Recht auf die eigene Meinung, die Bereitschaft zum Zuhören, die Sorge füreinander, Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Einstellungen, Solidarität, die Achtung vor Autonomie und der Individualität des Einzelnen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Nicht in jeder Familie werden all diese Prinzipien auf die gleiche Weise gelebt. Hier können staatliche Erziehungsinstitutionen nur sehr mühsam Fehlentwicklungen kompensieren. Erziehung zur Demokratie ist eine herausragende Aufgabe einer jeden Erziehung und bedarf daher unserer Unterstützung.

Gleichzeitig haben in Öffentlichkeit und Politik solche Konzepte und Leitbilder an Bedeutung gewonnen, die zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien sowie der Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements beitragen. Nennen möchte ich hier beispielsweise die Lokalen Bündnisse für Familien.

Die Förderung der politischen Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern gilt als wichtige Aufgabe der Demokratieförderung. Der Dialog zwischen den verschiedenen Lebenswelten nimmt dabei eine herausragende Stellung ein. Nur er kann zwischen Bürgerinteressen und politisch legitimierten Repräsentanten, zwischen den Bedürfnissen von Familien und kommunalen Verwaltungen vermitteln.

Die Thüringer Landesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, eine intensive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an öffentlichen Angelegenheiten zu fördern und die Kommunen dabei zu unterstützen,

die politische Partizipation stärker in die Alltagskultur einfließen zu lassen.

Gern möchte ich Ihnen nun unser wichtigstes familienpolitisches Vorhaben in dieser Legislaturperiode vorstellen: Wir haben uns entschlossen, von Beginn an das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ so zu gestalten, dass es mit maximaler Offenheit entsteht und den Beteiligungsgedanken ganz bewusst und klar mit einbezieht. Dies beginnt schon bei der Erarbeitung des Landesprogrammes, das wir wie noch kein anderes sozialpolitisches Programm im Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern der Landesebene, der kommunalen Ebene und der Träger- und Verbandsebene in einem breit angelegten Beteiligungsprozess gestalten.

Neu ist auch, und da kommt die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger ins Spiel, dass im Landesprogramm von den Bedarfslagen der Thüringer Familien ausgegangen wird. Diese sollen in einem umfassenden Beteiligungsprozess auf kommunaler Ebene erhoben werden und direkt in die Angebotsplanung vor Ort einfließen.

Familien brauchen Vertrauen, Wertschätzung und Unterstützung. Sie brauchen Zeit, Geld und Infrastruktur. Familien brauchen Freiräume, ihr Leben so gestalten zu können, wie es ihren Lebensentwürfen entspricht und sie brauchen Rahmenbedingungen, in denen sie leben, sich immer wieder neu definieren und regenerieren können.

Damit Familien den wachsenden Anforderungen gerecht werden, haben wir uns gemeinsam auf den Weg gemacht, das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ zu erarbeiten.

Das Landesprogramm soll die Eigenverantwortung der Gemeinden stärken, erhebliche Finanzmittel bereitstellen und für familienunterstützende Leistungen in den Kommunen auf der Grundlage von kommunaler Sozialplanung stehen.

Damit dient es zwei wesentlichen Zielen:

- Wir wollen eine leistungsfähige bedarfsgerechte soziale Infrastruktur, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet. Dies gilt sowohl für das Zusammenleben mit Kindern als auch für die Sorgearbeit der Familien gegenüber der älteren Generation.

Sie entspricht dem modernen Bild von Familie als generationenübergreifendes Miteinander und der gegenseitigen Fürsorge in der Vielfalt unterschiedlich gelebter Familienformen.

- Diese leistungsfähige soziale Infrastruktur inklusive einer sozialen Mobilität in unseren Dörfern und Städten soll die Teilhabe aller, besonders auch älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben fördern.

Das Landesprogramm richtet sich direkt an Landkreise und kreisfreie Städte als örtliche, öffentliche Träger der Sozial-, Jugend-, Alten- und Gesundheitshilfe und indirekt an deren kreisangehörige Kommunen, freie Träger der Sozialwirtschaft sowie an lokale Netzwerke, Initiativen und Verbände. Um alle familienpolitisch relevanten Akteurinnen und Akteure bereits im Vorfeld in die Konzepterarbeitung des Landesprogramms mit einzubinden, fanden 2016 insgesamt sechs regionale Workshops in allen Planungsregionen Thüringens statt. Die Ergebnisse dieser Diskussionen flossen in die weitere Erarbeitung ein.

Im November 2016 nahm eine Projektgruppe auf Landesebene ihre Arbeit auf. Sie dient als Plattform zum Informationsaustausch und als Multiplikator der geplanten Inhalte des Landesprogramms in die einzelnen Institutionen und Interessensgruppen vor Ort.

Darüber hinaus arbeiteten von Januar 2017 bis Mai 2017 sechs Unterarbeitsgruppen am Landesprogramm. In ihnen wurde die konkrete inhaltliche Ausgestaltung hinsichtlich der bestehenden und neu zu entwickelnden Angebote erarbeitet.

So entsteht ein „Angebotskatalog“ zur Empfehlung für die Landkreise und kreisfreien Städte. Er besteht aus:

- ... neuen Angeboten; als Beispiele seien hier genannt: Beratung zu Pflege und altersgerechtem Wohnen, die aktive Beratung von Unternehmen zu familienfreundlichen Arbeitszeiten;
- ... der Bündelung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten der Kommunen in einer Hand (Beratungsstellen + Online-Angebote + aufsuchende Beratung); ein Beispiel sind hier berufstätige Eltern, die sich Fragen stellen, wie „Wo bekommt mein Kind Nachhilfe? Wer bietet Kurzzeitpflege für die eigenen Eltern?“ etc.);
- ... ergänzenden und besser abgestimmten Mobilitätsangeboten, besonders im ländlichen Raum;

› ... der Unterstützung von Ehrenamtsinitiativen (Selbsthilfegruppen, Nachbarschaftshilfen, Seniorinnenprojekte etc.) durch hauptamtliche Strukturen.

Gleichzeitig werden seit Mai 2017 die Qualitätskriterien für Planungsprozesse und Beteiligung erarbeitet. Weitere Qualitätsstandards bzw. fachliche Empfehlungen für die Maßnahmen des Landesprogramms wurden bereits entwickelt.

Als Beispiel seien hier die fachlichen Empfehlungen für Familienzentren genannt, sowie die Thüringer Eltern-Kind-Zentren. Fachliche Empfehlungen für die Familienbildung werden seit August 2017 durch eine Arbeitsgruppe des Landesjugendhilfeausschusses erarbeitet.

Die Erarbeitung des Förderprogramms auf der Grundlage der Arbeit dieser Beteiligungsgremien und die erforderlichen gesetzlichen Änderungen werden im Jahr 2018 abgeschlossen, sodass das Landesprogramm zum 1. Januar 2019 an den Start gehen kann.

Bereits ab dem 1. Januar 2018 werden zwei Modellkommunen, der Landkreis Altenburger Land und der Landkreis Kyffhäuserkreis, das Landesprogramm vor Ort umsetzen. Hierzu finden derzeit erste Evaluierungen und Strukturanalysen durch das prozessbegleitende Institut für kommunale Planung und Entwicklung (IKPE) statt. Zudem wird seit Beginn des Monats bereits jeweils eine Sozialplanerstelle in den Modellkommunen über das Landesprogramm finanziert.

Parallel dazu finden ab Januar 2018 Qualifizierungen für kommunale Fachkräfte der Verwaltung, Fachkräfte der Sozialen Arbeit, Trägervertreterinnen und -vertreter, sowie Prozessbegleitung in den Kommunen statt. Ab diesem Zeitpunkt werden zudem in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Planungsprozesse zur Vorbereitung auf die Einführung des LSZ gefördert.

Das Förderprogramm soll ab dem 1. Januar 2019 über eine Richtlinie geregelt werden. Von da an erhalten die Landkreise und kreisfreien Städte jeweils eine Anteilsfinanzierung, um Maßnahmen in den Handlungsfeldern umzusetzen. Dafür stehen insgesamt 10 Millionen Euro zur Verfügung, davon 4 Millionen Euro Mittel aus bestehenden Landesförderungen. Als Zuwendungsvoraussetzungen gelten folgende Punkte,

die ich Ihnen kurz benennen möchte:

- › Bestandssicherung bisher geförderter Einrichtungen für zwei Jahre;
- › fachspezifische, wirkungsorientierte, vernetzte und beteiligungsorientierte Planung;
- › Einhaltung der Qualitätskriterien des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMA SGFF);
- › Einhaltung fachlicher Empfehlungen und Qualitätsstandards, soweit geregelt;
- › Einhaltung Fachkräftegebot, soweit geregelt;
- › Gewährleistung der Trägerpluralität, tarifgerechte Vergütung und des Subsidiaritätsprinzips.

Die Zuweisung wird auf der Grundlage von vier Indikatoren errechnet (jeweils zu einem Viertel aus der Bevölkerungszahl, dem Abhängigenquotienten, der Mindestsicherung und der Bevölkerungsdichte). Die daraus errechnete Zuweisung wird für jeweils drei Jahre festgeschrieben; danach erfolgt eine Neuberechnung.

Der kommunale Finanzierungsanteil, auch das wird Sie sicher interessieren, besteht zunächst aus 30 Prozent, und wird ab dem Jahr 2021 auf 40 Prozent - wie die örtliche Jugendförderung - anwachsen.

Demokratie braucht ein breites gesellschaftliches Fundament. Die Thüringer Landesregierung versucht diese mit all seinen Initiativen und Programmen zu stärken. Wir arbeiten dabei eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen.

Darum habe ich mich auch besonders über die heutige Einladung gefreut, um mit Ihnen gemeinsam über die Stärkung unserer Demokratie nachzudenken.

Alle können in ihren Arbeitsfeldern zum Gelingen dieses Vorhabens beitragen. Alle können und müssen ihren Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten. Herzlichen Dank an alle, die sich heute hier versammelt haben!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen gutes Gelingen, anregende Diskussionen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

GRUSSWORT

PROBST DIETHARD KAMM

Stellvertretender Landesbischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland



Diethard Kamm

Sehr geehrte Frau Ministerin Werner,
sehr geehrte Frau Prof. Gerhard,
sehr geehrte Frau Riemann-Hanewinkel,
sehr geehrte Frau Kirchenrätin Bomm,
sehr geehrte Frau Birckner,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
im Namen unserer Landesbischöfin Ilse Junkermann und in meinem eigenen Namen möchte ich Sie heute hier im Erfurter Augustinerkloster ganz herzlich willkommen heißen. Wir freuen uns, dass Sie sich entschieden haben, die Jahrestagung 2017 der evangelischen Arbeitsgemeinschaft familie (eaf) auf dem Gebiet der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland durchzuführen.

Mit Ihrem diesjährigen Tagungsthema „Demokratie fällt nicht vom Himmel! - Familien im demokratischen Gemeinwesen“ haben Sie als in der Familienpolitik und Familienbildung Engagierte sich einem Themenkomplex zugewandt, der für uns alle von großer Bedeutung ist. Als Interessenvertreterinnen und -vertreter von Familien schauen Sie über Ihre eigene Zielgruppe hinaus auf „das große Ganze“ unserer Gesellschaft, auf die Grundlagen unseres politischen Handelns, die - auch für Ihre Arbeit - unverzichtbar sind, aber eben nicht „vom Himmel fallen“, sondern erarbeitet, gestaltet und verteidigt werden wollen. Und Sie nehmen damit zugleich die Frage nach dem Beitrag mit in den Blick, den die gesellschaftlichen Akteure - und unter ihnen die Familien - zu diesem Gemeinwesen leisten, aber auch nach den Bedingungen, die sie in die Lage versetzen, dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Es geht also um vielfältige Wechselwirkungen und es wird keine einfachen Antworten geben. Das liegt nicht nur daran, dass sich unsere Gesellschaft ständig verändert, sondern auch daran, dass es bei gesellschaftlichen und politischen Prozessen auch um handfeste Interessen, um Einfluss, Macht und Geld geht.

Sie haben sich in Vergangenheit und Gegenwart aus Ihrer praktischen Erfahrung heraus in vorbildlicher Weise den Mühen der Ebene unterzogen und auf kleine und große Schritte im Familien- und Sozialrecht und familienpolitische Maßnahmen in Bund und Ländern hingearbeitet. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Dennoch möchte ich mich ausdrücklich der Forderung Ihres Anfang dieses Jahres veröffentlichten Positionspapiers¹ anschließen, das ungeachtet aller Einzelmaßnahmen einen generellen Perspektivwechsel in der Familienpolitik unseres Landes anmahnt. Die Fakten über die Nachteile für Familien mit Kindern und über das Armutsrisiko von Alleinerziehenden und ihren Kindern sind hinlänglich bekannt. Daran wird sich aber wenig ändern, solange nicht von den Betroffenen, also den Kindern und den die Erziehungsarbeit leistenden Eltern her gedacht wird und sie als Subjekte ihres Handelns ernst genommen und gewürdigt werden.

Sie verstehen sich als evangelische Arbeitsgemeinschaft, das heißt, sie sind in der einen oder anderen Weise mit den evangelischen Kirchen und der Diakonie verbunden, tun Ihre Arbeit als evangelische Christinnen und Christen, lassen sich motivieren und leiten von Ihrem Glauben und dem Erfahrungsschatz unserer evangelischen Tradition. Dabei wissen wir, dass es nicht den einen evangelischen Familienbegriff gibt und schon gar keine evangelische Demokratie. Auch hier sind die Zusammenhänge komplexer.

Immerhin haben Luther und die Reformation entscheidend dazu beigetragen, Familie und Staat in ihrer Rolle neu zu bestimmen und sie als weltliche Ordnungen in eine Autonomie einzusetzen, mit der wir heute umzugehen haben. Der spezifisch evangelische Beitrag zu einem familienfreundlichen demokratischen Gemeinwesen wird demnach nicht im Vorschreiben bestimmter Lebens- und Gesellschaftsformen bestehen, sondern im aufmerksamen Beobachten der Realitäten

¹ eaf: „In Verantwortung für Kinder – Für einen Perspektivwechsel in der Familienpolitik“, 2017

und ihrer Konsequenzen für die Schwachen und im nachdrücklichen Einfordern von Gerechtigkeit und Teilhabe.

Der Prophet Amos sagt im fünften Kapitel seines vergleichsweise kleinen Buches (V. 24):

„Es ströme das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach.“

Was für ein schönes Bild! So soll menschliches Zusammenleben, so soll Gesellschaft nach Gottes Willen sein. Recht und Gerechtigkeit müssen hier nicht mühsam erkämpft und erstritten werden. Sie sind vielmehr reichlich vorhanden, fließen von selbst in jeden Winkel, lassen Fische schwimmen und bringen Gärten zum Blühen.

Das wäre das Ziel. Das ist Gottes Anspruch und Anruf an uns. Von dort kommen unsere Motivation und unser Engagement.

In den Nöten des Alltags, im Kampf mit kleinlicher Bürokratie oder gewichtigen Machtinteressen mag das fröhliche und reichliche Plätschern der Gerechtigkeit kaum wahrnehmbar sein. Aber es ist Aufgabe von Religion, mit solchen einladenden Hoffnungs- und Verheißungsbildern Perspektiven zu eröffnen, Begeisterung zu wecken und Mut zuzusprechen.

Lassen Sie sich also in diesem Sinne einen inspirierenden und erfolgreichen Verlauf dieser Tagung wünschen mit Impulsen, die die großen Ziele offen halten und sie zugleich mit den kleinen Schritten verbinden. Mögen Sie in all Ihrer Arbeit von Gottes Liebe getragen, gestärkt und gesegnet sein, damit „das Recht wie Wasser ströme und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach“.

Ich danke Ihnen.

VORTRAG

UNBEWUSSTES IN FAMILIE UND GESELLSCHAFT – EINFLUSS AUF WERTEVERMITTLUNG UND ERZIEHUNG



Dr. Jürgen Müller-Hohagen

HINTERGRUND UND PERSPEKTIVE

Eingeladen, diesen Eröffnungsvortrag zu halten auf einer Tagung, in der Demokratie als allgemeingesellschaftliches und gleichzeitig auf Familie bezogenes Thema im Zentrum steht, wurde jemand, dessen Profession - psychologische Beratung und Therapie - auf den einzelnen Menschen fokussiert ist; dabei allerdings die Familie und die nähere soziale Umgebung auf jeden Fall mit berücksichtigend, ebenso (zumindest in einigen Aspekten) die gesellschaftlichen Hintergründe.

Als Psychologe und Psychotherapeut greife ich hier zunächst einmal auf Subjektivität zurück: die von Klientinnen und Klienten, meine eigene und vor allem etwas von dem intersubjektiv im „Sprechzimmer“ entwickelten. Das ist die Basis für alles, was folgt. Zugleich kann es bei diesem komplexen Thema nicht ganz ohne Rückgriffe auf theoretische Konzeptionen abgehen, explizit oder im Hintergrund. Mein leitendes Interesse ist jedenfalls, Ihnen Impulse für Ihre Arbeit zu bieten und zur Diskussion anzuregen.

Zu meinem beruflichen Hintergrund in Stichworten: 1946 geboren in Westfalen, Studium in Bonn und München, Diplom-Psychologe, Psychologischer Psychotherapeut, Promotion in Philosophie, Psychologie und Soziologie, psychiatrisch-psychotherapeutische Klinik von 1975 bis 1978, nicht abgeschlossene psychoanalytische Ausbildung 1976 bis 1979, im Kinderzentrum München von 1979 bis 1986 Arbeit mit behinderten Kindern und ihren Familien; sodann bis 2011 Leitung einer diakonisch getragenen Erziehungs- und Familienberatungsstelle in einem Münchener „Problemviertel“. 1999 bis 2005 Vorsitzender des Evangelischen Fachverbands für Lebensberatung in Bayern, seit etwa 1983 innerhalb der praktischen Arbeit Erforschung seelischer Nachwirkungen der NS-Zeit, zu diesem Thema seit vielen Jahren spezialisierte psychotherapeutische Privatpraxis, zahlreiche Veröffentlichungen dazu.

Ich werde in diesem Vortrag Erfahrungen aus meinen Berufsfeldern daraufhin befragen, was für Schlüsse sich aus ihnen ziehen lassen mit Blick auf das faszinierende Thema, das mir hier gestellt wurde. Da dieses sehr breit angelegt ist innerhalb des noch weiteren Rahmens dieser Tagung, so etwas wie einen roten Faden; die leitende Perspektive wird sein: Was kann ich aus der langwierigen Arbeit mit Einzelnen und Familien einbringen speziell dazu, wie Werte sich vermitteln lassen in Familie und Gesellschaft? Und dies noch vor dem Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzungen um Demokratie? Ich werde davon sprechen, wie Werte und ihre Vermittlung durch „Unbewusstes“ beeinträchtigt sein können. Von solchen unbewussten Faktoren werde ich drei herausgreifen, die mir in diesen Zusammenhängen individuell wie gesellschaftlich besonders wichtig erscheinen: Schuld, Parentifizierung und Ressentiments.

Abschließen will ich meinen Vortrag mit einigen – ebenfalls von der Praxis inspirierten – Reflexionen zu übergeordneten Leitlinien für gelingendes Zusammenleben, also für ein im besten Sinne wertbestimmtes Miteinander.

(IN-)FRAGESTELLUNGEN

Zunächst gilt es, Einiges in Frage zu stellen. „Ein im besten Sinne wertbestimmtes Miteinander“, so hieß es eben. Klingt das nicht reichlich „ethisch“ oder idealistisch? Sind Werte denn wirklich etwas Gutes?

Was soll diese Frage? Gestellt zu Beginn der Jahrestagung eines evangelischen Verbandes und das von jemandem, der selber 25 Jahre lang eine evangelisch getragene Einrichtung geleitet hat und sechs Jahre lang als Landeskirchlicher Beauftragter für Beratung in Bayern eingesetzt war? Alles doch ganz den höheren Werten verpflichtet und dies stets gegenüber Gesellschaft und Politik vertretend!

Da lässt sich widersprechen: Solche religiös fundierten Werte haben in der Geschichte zu unzähligen Kämpfen beigetragen und tun es bis heute. Das reicht von ihrer lautstarken Proklamierung im Großen – dabei zwar oft

als Rationalisierung bloßer Machtinteressen – bis zu „unbegreiflichen Grausamkeiten“ im Individuellen, bei denen ebenfalls, wenn auch zunächst unsichtbar, solche Wertorientierungen eine große Rolle spielen können.

Ausgangspunkt dieses Vortrags kann also nur die Aussage sein: Beim Thema der Werte handelt es sich schon grundsätzlich um ein ausgesprochen konfliktbeladenes Feld.

Und noch eine weitere Infragestellung:

Als ich kürzlich im Radio den folgenden Ausspruch hörte, war ich spontan fasziniert:

„Gute Schwächen sind besser als schlechte Stärken.“

Die Worte stammen von dem französischen Chansonnier Charles Aznavour.

Gut und schlecht, Schwächen und Stärken – da sind wir mitten im Thema der Werte. Und zugleich, dank dieser wunderbaren Ironie, in der Frage: Wer unterscheidet das jeweils und nach welchen Kriterien? Was mir persönlich vielleicht als gut oder als Stärke erscheint, mag mein Gegenüber ebenso subjektiv ablehnen. Werte, Stärken, Schwächen, das sind nun einmal sehr kontrovers betrachtbare und damit konfliktträchtige Themen.

Bezogen auf Familie: Kinder, deren Eltern eigene Schwächen nicht zugeben können, haben es schwer, oft für ihr ganzes Leben. Und Erwachsene, deren Äußeres sich nicht nur ordentlich und sauber darstellt, sondern in einer eigenartigen Weise „rein“, lassen jedenfalls mich unwillkürlich nach dem fragen, was damit verborgen werden soll – „Stärke der Reinheit“ als Mittel des Wegmachens von Dunklem, des Vertuschens von „Schwächen“? Schon sind wir beim Thema des Unbewussten bzw. des unbewusst Gemachten.

Auch im Politischen gibt es zahlreiche Beispiele, um die Bedeutung dieses Satzes „Gute Schwächen sind besser als schlechte Stärken“ zu illuminieren. So hat die weltberühmte Stärke deutscher Bürokratie während des NS-Reichs wesentlich dazu beigetragen, dass Millionen Regimegegner, Juden, Sinti, Roma ihr Leben verloren. In Italien dagegen war die ebenfalls bekannte

Schwäche der dortigen Bürokratie ein entscheidender Grund für das Überleben unzählig vieler Verfolgter. Gute Schwächen und schlechte Stärken, was für ein Thema!

WERTE, HOCHGESTELLTE ZIELE

Die soeben schon angeleuchtete Konfliktträchtigkeit unserer Wertebezüge durchzieht unser gesamtes Leben in Familie, Gruppen, Gesellschaft. Ohne dessen im Allgemeinen gewahr zu sein, betrachten wir die Welt in einem für uns ganz selbstverständlichen, von daher halb oder gänzlich unbewussten Modus nach dem Schema: Werte-geleitet bin ich, sind wir als diese oder jene besondere Gruppe – die anderen dagegen, die Widersacher handeln aus „niederen Motiven“. „Die Briten zocken“, hieß es am 26. August 2017 groß auf der Titelseite der Süddeutschen Zeitung. Werden die anderen, in diesem Fall die Briten, das ähnlich sehen? Eher wohl im Gegenteil. Und schon sind wir in den Kämpfen und im systematischen Aneinander-vorbei-Reden.² Polarisierungen, Projektionen, Ausgrenzungen sind oft untrennbar vermengt mit dahinter stehenden „unschuldig“ bzw. ethisch bedeutsam wirkenden Werten. Das gilt für unser alltägliches Leben und für dessen vielfältige Schwierigkeiten, wie wir sie in Beratung und Therapie mitbekommen, aber leider ähnlich im gesellschaftlichen und internationalen Bereich.

Der Werte-Begriff ist unscharf, vieldeutig, ziemlich beliebig definierbar. Von daher ziehe ich es, zumal aus psychologischer Perspektive, vor, in etwas weiterer Perspektive von „hochgestellten Zielen“ zu sprechen, individuell ebenso wie gesellschaftlich, d. h. Werte bzw. Ziele, die von der Mehrheit der Individuen in einer Gruppe oder einer ganzen Gesellschaft geteilt werden, die damit allerdings meist immer noch partikular bleiben.

Es finden sich viele Schwierigkeiten rund um das Thema der Werte bzw. unserer hoch gestellten Ziele. Der Psychoanalytiker Léon Wurmser hat intensiv herausgearbeitet, dass es tief verborgene, d. h. unbewusste Konflikte zwischen verschiedenen Werte-Orientierungen geben kann. Solche unbewussten Konflikte gehören für ihn mit zu den entscheidenden Quellen schwe-

² Das Schwierige dabei ist nur: Bei solchen Kontroversen kann es natürlich sein, dass eine der beiden Seiten tatsächlich im Unrecht ist.

rer neurotischer Störungen. Sie bilden die Grundlage für vielfältige Spaltungsvorgänge, die oftmals in der Psychoanalyse als so etwas wie die „letzten Ursachen“ angesehen werden. Stattdessen hat Wurmser festgestellt: „Die Ich- und die Identitätsspaltung sind ein Ergebnis, nicht die Ursache.“³ Er meint damit Konflikte aus Loyalitäts-, aus Werte-Verpflichtungen, die in frühesten Entwicklungszeiten zurückreichen und die von dementsprechend umfassendem, globalem, gebieterischem Charakter sind. Die Bedeutung dieser Konflikte sei nicht genügend beachtet worden, „nämlich die Einbeziehung des Über-Ich nicht nur als eine strafende Instanz, sondern als eine, die Treue und Gehorsam gegenüber einer äußeren Gestalt verlangt. Dazu kommt (...) die Verinnerlichung dieser Beziehung – dass man sich selbst, d. h. bestimmten höchst gestellten Werten und Idealen, die Treue wahren muss: Die Treuewahrung bedeutet auch hier Ehre, die Verletzung dieser Selbstloyalität tiefste Scham.“⁴

Es ist wichtig, wie Wurmser hier neben die Loyalität gegenüber den Eltern (oder auch gegenüber dem Land) die Selbst-Loyalität, die „Treue sich selbst gegenüber“⁵ stellt. Oftmals ist es nämlich gerade diese Selbst-Loyalität, die in extremer Weise unterentwickelt bleibt.

Es ist also von einem Widerstreit oder sogar von verschiedenen Widerstreiten zwischen unterschiedlichen Loyalitäten, divergierenden Werte-Orientierungen schon innerhalb ein und derselben Person auszugehen. Solche Widerstreite gibt es häufig im ganz alltäglichen Leben von Familie und Partnerschaft. Nur wird meist nicht erkannt, dass hier „im Außen“ tobende heftige Konflikte gerade etwas mit unbewusst aus dem Hintergrund wirkenden Werte-Einstellungen zu tun haben können. Ich nenne ein Beispiel, mit dem ich an der Beratungsstelle wieder und wieder zu tun hatte: Vater will den Sohn „fit fürs Leben“ wissen, fasst ihn deshalb härter an, während Mutter dem Ziel folgt, dem Kind durch „Liebe und Wärme“ einen emotionalen Boden zu vermitteln (es kann ebenso umgekehrt verteilt sein zwischen den Eltern). Dabei war stets zu sehen, wie sehr solche Entwicklungen in Polarisierungen,

also immer extremere Ausformungen der beiden Seiten führen, wenn die dahinter liegenden Ziele nicht miteinander reflektiert werden. Das kann zur Quelle für Trennungen und auch von heftiger Gewalt werden. Umgekehrt wirkt es ungemein krampflosend, wenn beide einsehen, dass die andere Person ebenfalls an relevanten Zielen orientiert ist.

Also: Werte auch als Quelle, als Hintergrund destruktiver Konflikte ansehen zu können, zugleich Einsicht zuzulassen in die Werte-Orientierung der anderen Seite, damit gewinnen wir zuvor unerreichbare Perspektiven für ein lebendiges Zusammenleben auf Augenhöhe – eine wirklich demokratische Grundhaltung im Alltag von Familie und Beruf!

Zu berücksichtigen ist hier auch, dass gerade in existenziellen Belastungssituationen die Entscheidung für die eine Zielsetzung automatisch zu großen Nachteilen auf einem anderen Gebiet führen kann, ohne dass hier jemand dafür als „Schuldiger“ verantwortlich zu machen wäre.

Das lässt sich erläutern mit einem plastischen Beispiel aus einem Gebiet, das mich seit Ende der siebziger Jahre für lange Zeit sehr beschäftigt hat: Kinder mit Behinderungen und ihre Familien. Ein Kleinkind, das in seiner Beinmotorik eingeschränkt ist, wirft immer wieder Klötzchen vom Tisch, will weiter mit ihnen hantieren, kann sie nicht vom Boden aufheben, braucht die Bezugsperson; diese hebt sie ihm hoch, und der Vorgang wiederholt sich noch und noch. Das ist gut für die Entwicklung des komplexen Auge-Hand-Zusammenspiels, aber schlecht für die Entwicklung von Selbstständigkeit. Hier besteht ein grundsätzlicher Konflikt zwischen diesen beiden fundamentalen Entwicklungslinien. Es ist ein unlösbarer Konflikt für die Eltern. Was immer sie tun, in einer der beiden Hinsichten ist ihr Verhalten entwicklungshemmend.

Politische wie individuelle Entscheidungen sind oft vor dem Hintergrund widersprüchlicher, gegenläufiger Interessen zu treffen. Diese gilt es dann zu verbinden. Oder deren Nichtberücksichtigung führt oft zu gro-

³ Wurmser, Léon (1987): Flucht vor dem Gewissen. Analyse von Über-Ich und Abwehr bei schweren Neurosen. Berlin, Springer, S. 318

⁴ Ebda., S. 317

⁵ Ebda., S. 314

Bem Rechtfertigungsdruck. Widerstreitende Interessen erschweren uns immer wieder Entscheidungen – es scheint keine „ideale“ Lösung in der betreffenden Situation zu geben: Jede Wahl wird im Widerstreit mit einer oft geradezu gegensätzlichen Alternative stehen, und es gilt auszuhalten, dass es keine perfekte oder – wie im vorgenannten Beispiel – nicht einmal eine annähernd „perfekte“ Entscheidung gibt!

Ein im Zusammenhang mit der Werte-Thematik besonders schwieriger Punkt ist die Frage nach dem Bösen. Gute und böse Menschen oder auch Gruppen und ganze Staaten lassen sich nicht einfach danach unterscheiden, ob sie „höheren“ Zielen folgen oder nicht. Nie werde ich vergessen, wie mich Hermann Langbein, politischer Häftling und Mitorganisator des Widerstands in den KZ Dachau und Auschwitz, einer der eindrucksvollsten Menschen in meinem Leben, ermahnte: „Bezeichnen Sie Nazis, das bitte ich Sie dringend, niemals als 'Bestien'.“ Genau das hatte ich zuvor in einem Vortrag getan, zwar mit Anführungszeichen, aber dennoch. Er hatte völlig Recht.

Anführungszeichen reichen nicht angesichts der unabwiesbaren und teils schwer zu ertragenden Tatsache, dass Kriege, Verfolgungen, menschengemachte Desaster und erst recht die NS-Verbrechen überwiegend nicht von „irregeleiteten Verrückten“, von „ethischen Null-Existenzen“, von „Bestien“ organisiert und durchgeführt worden sind. Vielmehr handelten ansonsten „ganz normale“ Menschen, also Menschen, die durchaus von Werten, unter Umständen sogar von hoch gestellten Zielen geleitet waren. Damals machten sie das insbesondere zum vermeintlichen „Wohle des deutschen Volkes“.

Dieses schillernde Nebeneinander von Wertorientierung und Bösem macht den Begriff „Menschlichkeit“ so problematisch. Denn die Menschen mit den – aus unserer heutigen Perspektive – nun überdeutlich sichtbaren dunklen Seiten, diese dann so genannten „Unmenschen“, sind doch ebenso Menschen. Und meist sind auch sie, wie gesagt, auf Werte ausgerichtet, oder, um es mit Viktor Frankl auszudrücken, auch sie können nicht anders als sich auf Sinn hin zu orientieren. Und was die gesellschaftliche Ebene betrifft, so war das NS-Reich kein „Rückfall in die Steinzeit“, sondern Produkt, Träger, Nutznießer einer der weltweit führen-

den Zivilisationen. Stehen wir nun völlig hoffnungslos da angesichts dieses Scherbenhaufens der Geschichte? Keine Kriterien mehr für Menschlichkeit, für wirklich menschliche Werte, für die Unterscheidung von Gutem und Bösem? Nein. Vielmehr sehe ich ein entscheidendes Unterscheidungskriterium zwischen Gutem und Bösem darin, ob Werte verabsolutiert, bestimmte Ziele aus dem Kosmos der Ziele herausisoliert und einseitig für vorrangig erklärt werden. Hier liegt der Übergang von Konflikt und Streit auf der einen und Bösem auf der anderen Seite, von Idealen zu gewaltträchtigen Ideologien. Diese nicht wirklich auflösbare inhaltliche Nähe von Bösem und Gutem ist allerdings oft schwer ertragbar. Gerade deshalb liegt für mich das „Kerngeschäft“ von Demokratie darin, immer wieder neu die Gleichgewichte zwischen den verschiedenen Werten auszutarieren.

So lange Demokratie prinzipiell gleichberechtigte Auseinandersetzungen zwischen solchen hoch gestellten Zielen zulässt und fördert – sei es in der Gesellschaft, der Arbeitswelt oder der Familie – dient sie den Belangen von uns einzelnen Menschen und schützt uns einigermaßen vor der Entwicklung von Bösem.

Demokratie ist doch die Organisationsform des öffentlichen Lebens, die zentral geprägt ist von Auseinandersetzung und Reflexion, vom Arbeiten mit Widerständen und Konflikten. Zur Demokratie gehört das Aushalten von Widersprüchen, das Leben von Widersprüchlichkeit und eine Praxis des Widersprechens – gegenüber anderen, gegenüber Autoritäten, aber durchaus auch sich selbst gegenüber. Nur so findet wirklich „demokratisches Geschehen“ statt. Und dessen Essenz weiterzugeben an die nachfolgenden Generationen, das ist doch wohl gemeint mit dem, was im Titel dieses Vortrags „Wertevertmittlung“ heißt.

Das allerdings ist kein beschauliches Thema für Sonntagsreden. Auch die Auseinandersetzung mit den von Deutschland aus begangenen NS-Verbrechen gehört unaufhebbar hierher. Das ist nicht einfach: nicht für die Seite der Verfolgten, nicht für die der Verfolger. Für beide gilt, was die israelische Psychoanalytikerin Ilany Kogan vor uns hingestellt hat: „Es kann als anmaßend gelten, die unaussprechlichen Schrecken der Vergangenheit und ihre Auswirkungen auf die nächste Generation objektiv beschreiben zu wollen. Aber noch

anmaßender wäre es, diese schreckliche Herausforderung nicht anzunehmen“.⁶

UNBEWUSSTE STÖRFAKTOREN FÜR EIN WERTORIENTIERTES LEBEN

Alle zuvor ausgedrückte Skepsis gegenüber dem „Reich der Werte“ diene nicht dem Ziel, Werte an sich zu diskreditieren, sondern sie möglichst nüchtern zu betrachten und nicht etwa zu meinen, in ihnen ohne weiteres eine Zuflucht vor den „Niederungen“ des konfliktbeladenen Alltags zu haben.

Das Thema dieses Vortrags fragt zentral danach, wie weit die Orientierung an Werten und deren Vermittlung durch Unbewusstes beeinträchtigt sein können. Wie soll nun Unbewusstes hier verstanden werden? Vor dem Hintergrund von Sigmund Freuds Erkenntnisse und orientiert an langjährigen Praxiserfahrungen, sehe ich, um es kurz auszudrücken, Unbewusstes als Inbegriff von Kräften und Vorstellungen, die von Systemen – seien es Einzelne, Gruppen, Institutionen, Volk, Nation, Menschheit – aus dem Bewussten ferngehalten werden, weil sie dieses wie auch immer stören könnten. Der letztere Punkt ist dabei entscheidend: Es gab Gründe, warum das Betreffende ausgeblendet wurde, und es gab Kräfte, die das bewirkten.

Das Schwierige dabei ist nun, dass wir dieses Unbewusste nie direkt fassen können, sondern erst nachträglich etwas davon erkennen, nämlich nachdem die Sperre aufgehoben wurde und wir mit Erstaunen oder auch Erschrecken gewahr wurden, was für ungeahnte Tendenzen da in uns wirkten. Dagegen sträubt sich natürlich vieles.

Auf der individuellen Ebene ist hier das klassische Beispiel der von Freud so benannte Ödipuskomplex, in dessen Mittelpunkt das verdrängte sexuelle Begehren des männlichen Kindes zur Mutter steht. Im gesellschaftlichen Bereich haben wir an die verschiedensten Tabus zu denken. Besonders augenfällig ist an dieser Stelle immer noch die Verdrängung oder Verleugnung von Loyalitätsbindungen an die NS-Verstrickungen von Vorfahren. Gerade hier kann die untergründige Befürchtung unter aufrecht demokratischen Bürge-

rinnen und Bürgern groß sein, bei Entdeckung solcher Tendenzen – etwa aufgrund von einschlägigen Freud-schen Fehlleistungen – insgesamt, sozusagen in der „eigentlichen Identität“, als „nazihaft“ dazustehen. Das wäre aber ein völlig schiefes Verständnis. Es geht auch hier nicht um ein quasi räumlich fixiertes Unbewusstes, in diesem Fall sozusagen um einen „Nazi in uns“. Vielmehr verstehe ich Unbewusstes als einen bestimmten Modus, eine Funktionsweise unter anderen im komplizierten Geflecht unseres Seelenlebens. Ich begreife also Unbewusstes rein funktional und nicht etwa als einen inhaltlich fest umrissenen Teil unseres psychischen Apparats.

In diesem Sinne muss es sich bei Unbewusstem nicht unbedingt um, quantitativ gesehen, große Faktoren handeln. Auch solche von eigentlich geringem Umfang können erhebliche Wirkungen entfalten eben gerade dadurch, dass sie der kritischen, rationalen Überprüfung entzogen sind.

Voraussetzung, um für eine Aufhebung von Unbewusstem motiviert zu sein, sind in der Regel Störungen unseres Systems. Wenn andere Mittel nicht gefruchtet haben, sind wir schließlich doch bereit, in Richtung des Unbewussten Ausschau zu halten; dies in der Hoffnung, dass es dann vielleicht an Wirkung verlieren möge und die Störungen sich auflösen. Für den individuellen Bereich ist dies das Modell der Psychoanalyse und der an ihr orientierten Psychotherapieformen. Wir können dann während solch einer Therapie im Nachträglichen entdecken, dass, wenn man bestimmte Erfahrungen oder Impulse ins Unbewusste abschiebt, der Preis in Form von Störungen zu zahlen ist.

Gerade im Zusammenhang mit NS-Hintergründen war in meiner Arbeit immer wieder festzustellen, dass Menschen oft geradezu in den Schienen ihrer Vorfahren leben. Dies galt natürlich nicht insgesamt, aber es betraf dann lebenswichtige Bereiche wie Partnerschaft und Arbeit in einer Massivität, die doch überraschte. Es wurden in großem Wiederholungszwang unbewusst Inszenierungen hergestellt, die dem „eigentlichen Wesen“ der betreffenden Person bzw. ihren übergeordneten Zielsetzungen, ihren Wertorientierungen zuwiderliefen.

⁶ Ilany Kogan (2008): Die Durchlässigkeit der Grenzen in Holocaust-Überlebenden und ihren Nachkommen. In: Radebold et al. (Hrsg.): Transgenerationale Weitergabe kriegsbelasteter Kindheiten. Interdisziplinäre Studien zur Nachhaltigkeit historischer Erfahrungen über vier Generationen. Weinheim, Juventa. S. 119 - 127. Zitat: S. 120.

Die Auschwitz-Überlebende Hanna Mandel hat das in einem der vielen Gespräche, die wir miteinander hatten, in ähnlicher Weise benannt: „Wenn Menschen solche Schlüsselerlebnisse nicht bewusst herholen können, arbeitet es in ihnen weiter. Sie tragen es in sich; aber sie wissen nicht, was sie da tragen, sie wissen nicht, warum sie da und dort gleich zudecken. Wenn sie das also nicht hervorkommen lassen, dann sind sie eigentlich Marionetten.“ Und sie fügte hinzu, das war etwa um das Jahr 2000 herum: „Den Jüngeren hierzulande, aber auch anderswo, fehlt etwas, was insgesamt nur aufkommen kann, wenn Menschlichkeit gelebt wird: Es fehlt ihnen die Liebe, die Wärme. Sie wissen es nicht, aber die fehlen ihnen. Wärme und Liebe können sich nur dort entwickeln, wo klare Verhältnisse bestehen, wo wirklich miteinander geredet wird, ohne die Belastungen aus der Vergangenheit auszuklamern. Anders geht es nicht.“

Besonders kompliziert wird es, wenn sich nicht nur in einer einzelnen Person, sondern in ganzen Familien solche Ausblendungen entwickelt haben, dies aber von der Mehrheit, die sich „völlig gesund“ und „ganz normal“ fühlt, verleugnet wird zum Nachteil nur eines bestimmten Mitglieds. Wir sprechen bei diesen dann von Symptomträgern. Häufig sind sie Außenseiter oder gar Sündenböcke des Familiensystems. Und schließlich ist erst recht komplex, was analog in ganzen Gesellschaften abläuft. Vorurteile gegenüber Minderheiten seien hier stellvertretend genannt.

Insgesamt betrachte ich Unbewusstes auf den verschiedenen Ebenen als einen zwar unsichtbaren, aber dennoch oder gerade deshalb sehr mächtigen Wirkfaktor. Das „Nichtsichtbare und schwer Benennbare“ kann es auch schon in kleiner Dosis gefährlich machen, weil es dann rationaler Erwägung und Ansprache wenig zugänglich ist, „irrationale“ Wirkungen entfalten und der Gesamtzusammenhang dadurch grundlegend beschädigt werden kann. Vieles, was als „unlösbar“ erscheint, dürfte mit solchen im Hintergrund ablaufenden unbewussten Vorgängen zu tun haben.

Im Folgenden gebe ich unter den Themen von Schuld, Parentifizierung und Ressentiments auf Punkte ein, deren unbewusste Anteile nach meinen Erfahrungen aus Beratungen und Psychotherapie sich als besonders wirksame Störfaktoren für wirklich wertbestimmtes

Leben herauskristallisiert haben und die auch auf gesellschaftlicher Ebene von großer Bedeutung sind.

SCHULD

Beim Thema Schuld sind – sowohl bezogen auf das Individuum als auch auf Gruppen bzw. die Gesellschaft insgesamt – im Alltag starke Vermeidungstendenzen zu beobachten. Unabhängig vom Bildungsniveau liegt hierzu ein eher geringes Reflexionsniveau vor, sobald wir persönlich involviert sind. Philosophische, theologische, juristische oder psychologische Klarstellungen haben oft nicht wirklich gefruchtet. Vieles am Umgang mit dem Schuldthema, das doch so viel mit unseren Wertebezügen zu tun hat, spielt sich dabei eher im Unbewussten ab.

Es wird nicht unterschieden zwischen Schuld und bloßer Fehlerhaftigkeit, zwischen Schuld und Scham, ebenso wenig oft zwischen Schuld und Schuldgefühl, Scham und Schamgefühl. Und: Statt derer, die tatsächlich schuldig geworden sind oder Grund für Scham hätten, fühlen ganz andere sich schuldig oder schämen sich. Noch mehr Durcheinander: Letztere sprechen oft gar nicht von Schuld oder Scham, sondern fühlen sich „einfach schlecht“.

Bekannt ist, dass Überlebende der NS-Verfolgung häufig unter einer Überlebensschuld gelitten haben. Auf der anderen Seite verfügen Täter oft über einen sehr guten Schlaf.

„Und woran sind die Mütter schuld? Perspektiven aus der psychotherapeutischen Arbeit mit behinderten Kindern und ihren Familien“, so lautete 1998 der Titel meines letzten Vortrags zu einem Spezialthema, das mich bis dahin fast zwanzig Jahre lang beschäftigt hatte: Psychotherapie im Zusammenhang mit Behinderungen. Dabei war ich immer wieder auf ein erschreckendes Maß an Sich-schuldig-Fühlen bei den Eltern, insbesondere den Müttern gestoßen. Das waren meist Schuldgefühle, die nichts mit realer Schuld zu tun hatten. Deshalb dieser Titel: „Und woran sind die Mütter schuld?“ Rationale Erklärungen zur Unterscheidung, die ich zu geben pflegte, von echter Schuld gegenüber Fahrlässigkeit, Fehlerhaftigkeit, Nicht-Perfektheit und schlichtweg schicksalhaften Einwirkungen – das alles war immer wieder nur von geringer Wirkung, war ein Kratzen an der Oberfläche. Freundschaften, ganze Familien, Partnerschaften zerbrachen unter der Wucht

dieser gleichzeitig so schwer zu greifenden „Schuld“-Thematik.

Noch ein wichtiger Punkt aus der Praxis: Bei Konflikten in Partnerschaft und Ehe bin ich während der Arbeit an der Beratungsstelle wieder und wieder einem geradezu verzweifelten Bemühen begegnet, nicht eines Verschuldens „überführt“ zu werden. Schuld sein soll bitte der/die andere. Mit eigener Schuldhaftheit umzugehen, und sei es auch nur im Sinne von „schuldlos schuldig“ aus der griechischen Tragödie, dafür fehlt meist das Sensorium.

Wesentliche Gründe für all diese eigenartigen Schwierigkeiten rund um das Schuld-Thema liegen natürlich auch in der gigantischen NS-Schuld, die immer noch wie ein Bann wirkt. Sodann ist eine mittlerweile festzustellende Überfrachtung des subjektiven Bereichs durch gesellschaftlich verbreitete Individualisierung und übermäßige Psychologisierung zu erwähnen. Dadurch fühlen wir uns in schwierigen Lebenssituationen wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit einseitig persönlich „schuld“ und nehmen nicht deren überindividuelle, gesellschaftliche Bedingungsfaktoren wahr. Ein derartiges Ausufern dessen, woran wir als Einzelne vermeintlich „schuld“ sind, führt zu einer Abwehr allgemein gegenüber der Schuldthematik. Und auf der anderen Seite lassen verbreitete ethische Indifferenz, postmodernes „anything goes“ Fragen nach Schuld „alt“ aussehen. Ist also die Frage nach der Schuld eine altmodische?

Schuld ist unvermeidbar und eine lebendige Auseinandersetzung damit außerordentlich wichtig. Mit Blick gerade auf die Art des Umgangs mit Schuld möchte ich hier eine Brücke zu biblischen Hintergründen schlagen.

Thomas Beelitz, Krankenhauseelsorger in Berlin, mit dem ich auf der Grundlage unserer Beschäftigung mit Nachwirkungen der NS-Zeit befreundet bin, gab mir vor ein paar Jahren einen Hinweis auf Ausführungen von Andreas Schmidt, die im Zusammenhang mit dem Schuldthema außerordentlich wichtig sind.⁷ Es geht um Exodus 20, 5 f. und 34, 6 f. Bei Schmidt heißt es: „Joseph Scharbert, ein Theologe

in der Übersetzungskommission der Einheitsübersetzung, bemerkte, dass wenige Verse so falsch übersetzt worden (seien) wie dieser.“

Dort ist in der Luther-Bibel, Ausgabe 1990, ebenso aber auch in der von 2017, zu lesen: „Denn ich, der HERR, dein Gott, bin ein eifernder Gott, der die Missetat der Väter heimsucht bis ins dritte und vierte Glied an den Kindern derer, die mich hassen, aber Barmherzigkeit erweist an vielen tausenden, die mich lieben und meine Gebote halten“ (Vers 5).

Oder mit den Worten der Einheitsübersetzung: „Bei denen, die mir Feind sind, verfolge ich die Schuld der Väter an den Söhnen, an der dritten und vierten Generation“. Ebenso findet es sich in großer Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Bibelausgaben bei Vers 34, 7. Die Missetaten würden demnach von Gott verfolgt bis zu den Enkeln und Urenkeln.

So haben wir es im Kopf. Dagegen scheint dann nur ein Neues Testament zu helfen, das als Buch der Liebe einem solchen Verfolgtwerden wenigstens noch die Hoffnung der göttlichen und vielleicht auch noch der menschlichen Vergebung entgegenstellen würde. Konsequenterweise finden sich in unseren christlich geprägten Kontexten immer wieder die unmöglichsten Ansinnen, die an Geschädigte und auch noch an ihre Nachkommen gerichtet werden, sie möchten „Vergabung“ gewähren.

Diesem Verständnis von über die Generationen weitergegebener Schuld stellt Andreas Schmidt, sich auf kritische Übersetzungen beziehend, folgende Formulierung entgegen:

„Denn ICH, dein Gott, bin ein eifernder Gottherr, schaue prüfend nach, was aus den Verfehlungen der Väter geworden ist bei ihren Söhnen, in der dritten und vierten Generation, bei denen, die mich hassen, und übe Treue bis in die tausendste Generation bei denen, die mich lieben und meine Gebote wahren.“

Also: Nicht heimsuchen, sondern nachschauen, aufsuchen! Das ist ein diametral anderes Verständnis über das Verhältnis zwischen Gott und den Menschen und eröffnet uns entscheidend andere Perspektiven in Bezug auf das Schuldthema; und dies gerade für den Umgang miteinander, für unser Leben in Beziehung mit den anderen Menschen und mit dem Anderen.

⁷ Vgl. Ralf Konersmann, die Unruhe der Welt, S. Fischer, 2015

Andreas Schmidts Formulierung kommt mir noch klarer vor als diejenige der Bibel in gerechter Sprache, wo es heißt: „Ich gehe der Schuld der Vorfahren an ihren Kindern nach und noch an deren Kindern und Enkelkindern, wenn sie mich ablehnen.“

Ich habe in der psychologischen Arbeit so viele furchtbare Auswüchse dieses abwegigen Schuldverständnisses erlebt, dass ich die Gelegenheit, hier vor einem kirchlich getragenen Publikum zu sprechen, dafür nutze: Tun Sie bitte das Ihre, diese fatale Fehlsicht oder auch Blindheit überwinden zu helfen, und dies gerade im Dienste daran, uns mit tatsächlichem Schuldigsein auseinanderzusetzen.

Die fundamentale Bedeutung des Schuldthemas wird im Folgenden auch bei meinen Ausführungen zu Parentifizierung und anschließend zu Ressentiments deutlich.

PARENTIFIZIERUNG, SCHULD, LÜGE

Sich mit tatsächlichem Schuldigsein auseinanderzusetzen kann ebenfalls sehr wirksam verhindert werden durch etwas, das in der Psychologie als Parentifizierung bezeichnet wird. Sie ist ein weiterer zentraler Punkt aus meiner beruflichen Arbeit, bei dem vieles unbewusst abläuft und von dem aus es sehr problematische Bezüge zum Bereich der Werte bzw. leitender Ziele gibt. Dieses Thema taucht immer wieder auf in Beratungen und Therapien.

Parentifizierung heißt, dass Kinder sozusagen in die Schuhe ihrer Eltern schlüpfen, dies aber nicht als ein nur zeitweiliges und lustiges Spiel, sondern als Dauerzustand. Das geschieht nicht freiwillig, sondern wird ihnen aufgedrückt. Sie fühlen sich verantwortlich auf existenziell wichtigen Gebieten, verantwortlich sozusagen als „Eltern“ für die Eltern, bewusst oder meist unbewusst deren gravierende Defizite wahrnehmend. Sie versuchen diese auszugleichen, um für die ganze Familie „das Weiterleben“ und damit für sich selber eine einigermaßen verlässliche Grundlage zu sichern. Dabei erfüllen sie unbewusst erteilte Aufträge der Erwachsenen.

Für das Kind hat dies, jedenfalls bei massiver Ausprägung, die über lange Zeit angehalten hat, fatale Fol-

gen, die häufig das ganze weitere Leben verdunkeln. Die Aufgabe war objektiv unmöglich zu erfüllen, doch das konnte es beim damaligen Entwicklungsstand nicht erkennen. So kam es dann in seiner inneren Not zwangsläufig zu dem Schluss, der dann oft lebenslang anhält: „Ich bin eben so daneben.“ „Ich bringe es einfach nicht.“ „Ich bin ein Versager auf der ganzen Linie.“ „Ich bin so komisch drauf.“ Solche umgangssprachlich formulierten „Selbstdiagnosen“ sind für mich zu Stichworten geworden, um an zugespitzte Parentifizierung zu denken, die weit über das hinausgeht, was zu einer einigermaßen gelingenden Entwicklung gehört.

Parentifizierung bin ich besonders intensiv im Zusammenhang mit NS-Hintergründen begegnet. Dabei betone ich, dass es entscheidende Unterschiede – gerade in ethischer, in wertorientierter Richtung – zwischen Parentifizierungen in Familien von Verfolgten und von Verfolgern gibt. In letzteren fand ich immer wieder eine für die Kinder völlig verwirrende Verkehrung von Tätern bzw. Tatbeteiligten zu vermeintlichen „Opfern“. Einsicht in eigene Schuldbeteiligung wurde abgewehrt und stattdessen den Kindern transgenerational tiefes Schuldgefühl implantiert. Das Dumpfe der inneren kindlichen Zustände in einer solchen Welt der Parentifizierung (etwa im Schwanken zwischen Größenvorstellungen und tiefen Selbstwertzweifeln) wurde dann oft noch zusätzlich kontaminiert durch eine Welt der Lüge, durch eine „strukturelle Lügenhaftigkeit“.⁸ Der grundlegende Wertebezug ist hier zutiefst gestört. Darin liegt hier der fundamentale Unterschied auch zu Parentifizierungen aufgrund etwa von Schicksalsschlägen wie dem frühen Tod eines Elternteils.

Kinder haben ein existenzielles Bedürfnis nach Wahrheit und nach Wahrhaftigkeit. Sie sind darauf angewiesen, um einigermaßen in Ruhe wachsen zu können. Die ethische und die spirituelle Dimension sind durch „strukturelle Lügenhaftigkeit“ tief beschädigt. Dadurch entstehen bei ihnen belastende Folgen für ihr persönliches, individuelles Leben, mit Wirkungen oft auch noch weit in die Gesellschaft hinein. So kann die mit Parentifizierungen (wie auch bei anderen seelischen Abwehrformationen) einhergehende Starrheit zu einem nicht nur „unermüdlichen“, sondern über je-

⁸ Siehe Jürgen und Ingeborg Müller-Hohagen (2015): Wagnis Solidarität. Zeugnisse des Widerstehens angesichts der NS-Gewalt. Gießen, Psychosozial, S. 191 - 200

des Maß hinausgehenden Engagement „für die gute Sache“ führen – und bei anderen aus denselben Gründen, nur mit umgekehrter Schlussfolgerung, zu einer völligen Ablehnung etwa jedes Einsatzes für andere. Dann bekämpfen womöglich beide Seiten sich erbittert, ohne zu ahnen, wie nah sie sich hinsichtlich ihrer Hintergründe sind. Mir scheint, das ist auf einer untergründigen Ebene ein Riesenthema in der sozialen Arbeit und ein großer Konfliktherd in der Auseinandersetzung um die Weiterentwicklung unserer Demokratie.

RESSENTIMENTS UND IHR ZUSAMMENHANG MIT WERTEN UND UNBEWUSSTEM

Bei Ressentiments handelt es sich nach Wurmser um innersubjektive Dramen, die oft in großer Heftigkeit auftreten, also mit lodernen Affekten und heißen Emotionen. Statt „Ich habe (dies oder jenes) konkret erlebt“ heißt der Kernsatz „Mir ist Unrecht geschehen“. Alles dreht sich um die betreffende Person. Aber beachten Sie zugleich den Wertebezug: „Mir ist Unrecht geschehen.“

Aus diesem Zentrum der seelischen Erregung richtet sich der Zorn nach außen gegen eine (vermeintliche) Ungerechtigkeit. Ob die Adressierten allerdings die tatsächlichen Verursacher sind, steht ohne Überprüfung da. Vielmehr finden häufig Verschiebungen auf Sündenböcke statt. Insofern überschneidet sich das eigene innere Ressentiment mit dem Vorurteil über die andere Person, die Gruppe im Außen; sie arbeiten beide Hand in Hand. Das Ressentiment wuchert in den Untergründen, im Unbewussten; die Vorurteile sind inhaltliche Ummantelung, dienen als Sprachrohr.

Was verleiht Ressentiments ihre teils enorme und erschreckende Durchschlagskraft? Kann es wirklich das bewusste Erleben sein, aktuell Unrecht zu erleiden bzw. erlitten zu haben? Nein, meist liegen die eigentlichen Gründe für die Ressentiments weit zurück in einer schwierigen Vergangenheit und sind tief in Unbewusstes verlagert. Oft drehen sie sich um bohrende, aber entsprechend abgewehrte Themen von Schuld, Versagen, Wertlosigkeit. Ebenso haben sie zu tun mit nicht aushaltbaren und deshalb in die Untergründe verschobenen Gefühlen, übermächtigen Kräften ohnmächtig ausgeliefert (gewesen) zu sein, deshalb „eigentlich nichts wert zu sein“. Erlebnisse von Ohnmacht, von Ausgeliefertsein sind ein ganz zentrales Feld in der individuellen Psychologie. Sie führen, wenn sie nicht

bearbeitet werden können, entweder in Richtung von Selbstaufgabe, Selbstschädigung und Depression, oder sie mobilisieren umgekehrt ein enormes Aggressionspotenzial.

Hier also stellt sich in den psychischen Untergründen oft ein fataler Zusammenhang her zwischen verquerem Schuldverständnis, Parentifizierung mit all den hierzu gehörenden dunklen Gefühlszuständen und den jeweiligen Ressentiments. Das bildet eine unheilvolle Trias rund um tiefe Gefühle von Ent-Wertung.

In aller Kürze benannt, sehe ich also auf der seelischen Ebene diese drei Haupthintergründe von Ressentiments:

- > ein durchdringendes Gefühl erlittenen Unrechts,
- > im Unbewussten festgehaltene Erfahrungen von Ohnmacht, großem Ausgeliefertsein,
- > ein schwaches Selbst-Wert-Gefühl.

Zu beachten ist dabei, dass diese Hintergründe zwar sehr auf Vorgänge im frühen Lebensalter verweisen, dass aber spätere Einflüsse nicht ausgeschlossen werden dürfen. Gerade hier können gesellschaftliche Einwirkungen eine große Rolle spielen. Zu denken ist etwa an die massenhafte Entwertung von Lebensperspektiven in den neuen Bundesländern nach der Vereinigung infolge der rigorosen wirtschaftlichen Umstellungen.

Als „aufrechte Demokraten“, als „ethisch einigermaßen hochstehende Leute“ neigen wir dazu, Menschen, die wir als ressentimentgeleitet wahrnehmen, eher wenig an Werte-Orientierung zuzuschreiben. Tatsächlich kann aber das Gegenteil der Fall sein: Gerade ihr Bezug zu Werten – ggf. ihren höchst eigenen – macht sie dann so geladen und rabiat und gefährlich. Bei der realen oder vermeintlichen Verletzung dieser Werte, die für das einzelne Individuum bzw. für die mehr oder weniger große Gruppe zentrale Bedeutung haben, werden hier sehr leicht archaische und ausgesprochen zerstörerische Affekte mobilisiert. Und auch die damit verbundene massive Schwarz-Weiß-Sicht macht Ressentiments so gefährlich und zugleich so schwer erreichbar für eine Überprüfung an komplexen Wirklichkeiten.

Es ist nicht einfach, ressentimentgeleiteten Menschen gegenüber die Fassung zu wahren und sich von ihnen nicht in einen Strudel wechselseitiger und völlig fruchtloser Beschuldigungen ziehen zu lassen. Wenn wir aber bedenken, dass auch sie wahrscheinlich von

Werten bestimmt sind, können wir in der Auseinandersetzung mit ihnen vielleicht etwas gelassener bleiben. Sie lauern nämlich bewusst oder unbewusst auf jede Andeutung von Ab-Wertung ihnen gegenüber, um sich dann mit aller Wucht des Ressentiments dagegen zu „wehren“ und im Ergebnis eine sachliche Auseinandersetzung zu vermeiden.

Zugleich: Auch nach eigenen Ressentiments Ausschau zu halten und das zu reflektieren, kann für Demokraten und für demokratische Gesellschaften hilfreich sein, um nicht von sich aus solche Strudel zu begünstigen.

Es macht Sinn, in Bezug auf ressentimentgeleitete Menschen über ein psychologisches Verständnis für ihre verwickelten Hintergründe zu verfügen. Hier liegt der wahrscheinlich wichtigste Beitrag unserer Disziplin an dieser individuell und gesellschaftlich neuralgischen Stelle. Zugleich darf es nicht nach dem Motto gehen: Alles verstehen heißt alles verzeihen. Ganz und gar nicht. Vielmehr darf ihnen weder im hochstrittigen Ehekrieg noch auf der politischen Bühne in der Sache, im Wesentlichen auch nur um einen Zentimeter nachgegeben werden, jedenfalls nicht auf der Ebene ihrer ressentimentgetränkten Inhalte. Etwas anderes ist es, trotz aller aufgeladenen Emotionen die Suche nach möglichen Wahrheitsgehalten hinter den inszenierten Dramen nicht von vornherein aufzugeben. Das alles sind schwierige Spagate.

Ressentiments waberten schon immer in unseren individuellen und gesellschaftlichen Untergründen. Ob sie nun aktuell zugenommen haben oder nicht, jedenfalls artikulieren sie sich seit einiger Zeit weitaus ungehemmter im öffentlichen Raum. Ich sehe in ihnen einen großen Feind demokratischer Verhältnisse – gerade weil sie die Auseinandersetzung mit ihnen so schwierig machen. Zugleich betone ich nochmals: Hinter ihnen liegen tiefe und meist unbewusste Empfindungen von Ausgeliefertsein. Hier gilt es anzusetzen. Und dazu ist ein Brückenschlag zwischen politischer und psychologischer Ebene, wie auf dieser Tagung angezielt, besonders wichtig.

RESONANZ, REZIPROZITÄT, DIALOG, KRISE VON DEMOKRATIE

Ich habe zuvor aus meinen fachlichen Erfahrungen heraus drei Punkte im Zusammenhang mit Werten und

Unbewusstem näher betrachtet, nämlich Schuld, Parentifizierung und Ressentiments. Es handelt sich hier um große Problematiken, sei es auf der Ebene der Einzelnen, der Familien oder der Gesellschaft insgesamt. Jetzt möchte ich den Fokus verändern: Zeigen sich in unserer psychologischen Arbeit vielleicht gerade an solchen schwierigen Punkten zugleich Lösungsperspektiven? Vielleicht auch solche, die über das Individuelle hinausgehen und die eventuell sogar von großer Bedeutung sind bei der Arbeit an der Fortentwicklung unserer Demokratie? Deren Krise als Chance, bisher verborgene „Heilkräfte“ in der Gesellschaft stärker wahrzunehmen?

In meinen letzten Jahren an der Beratungsstelle (2011), bemerkte ich zunehmend, dass wir in Beratungen und Therapien angesichts von zunächst schwer in Worte zu fassenden Beschwerden an diesen Punkt gelangten: „Resonanz“ war im Leben vermisst worden, also Wiederhall beim Anderen, gemeinsames Schwingen, sich aufeinander Einstellen. „Ja, genau das hat bei uns gefehlt, dies hat mir gefehlt, aber es hat sich bislang nie benennen lassen.“ Das ist ein Riesenthema. Wenn wir schon als Baby Resonanz spüren für unsere schreiende Not, dann beruhigt es sich in uns, dann wächst Vertrauen, Vertrauen in die äußere Welt und damit gerade auch in die sich entwickelnde innere Landschaft. Wenn sie aber über ein bestimmtes Maß hinaus fehlt, dann gräbt sich etwas ein in unser Leben, etwas schwer Fassbares, aber Wirkungsvolles.

Wir können hier auch von fehlendem Dialog sprechen. Dies ist ein Thema, das mich speziell in Bezug auf seelische Auswirkungen der NS-Zeit seit Langem intensiv beschäftigt hat. Darin fühle ich mich dem Züricher Kinderpsychiater Heinz Stefan Herzka verbunden, der auf der Grundlage von Martin Buber dialogische Prinzipien ins Zentrum seiner Betrachtungsweise gestellt hat. So zitiere ich etwa, wie er sich über Identität geäußert hat, also das, was gemeinhin vor allem als Kern dessen verstanden wird, worin ich mich von anderen unterscheide, worin ich „ganz ich“ zu sein vermeine. Stattdessen lesen wir bei Herzka:

„Identität ist in dialogischer Sicht ein permanenter Prozess zwischen einander widersprechenden, sich gegenseitig ausschließenden und gleichzeitig einander vervollständigenden Bereichen. Dieses dialogische Denken, eine der wichtigsten Denkströmungen des

zwanzigsten Jahrhunderts, bietet eine definierte Möglichkeit der Einbeziehung des jeweils Anderen sowie der Berücksichtigung von Differenzen und Widersprüchen in Wissenschaft und Praxis.“⁹

„Einbeziehung des jeweils Anderen“, von solchem dialogischen Denken und Wahrnehmen, solcher Resonanz oder Reziprozität, also Wechselseitigkeit, fehlt viel in unserer hochstrukturierten Welt. Das ist wohl ein wesentlicher Teil dessen, was zurzeit als Krise von Demokratien erscheint – das Gefühl vieler: „Wir werden nicht gesehen!“

Natürlich können Politiker, an die dieser Ruf sich besonders richtet, nicht aus ihrem Hamsterrad heraus jeder Bürgerin, jedem Bürger tief in die Augen schauen, sich für jedes einzelne Anliegen einsetzen. Aber was dann? Was lässt sich hier aus der Froschperspektive des Psychologen beitragen?

Das sehe ich gerade bei diesem Thema von Resonanz und Dialog. Dessen soeben beschriebenes, sich allmählich artikulierendes Auftauchen aus dem Bereich von etwas Unfassbarem, etwas individuell und gesellschaftlich eher Unbewusstem nehme ich von psychologischer Seite als gewichtiges Zeichen dafür, dass sich hier etwas rührt, individuell und gesellschaftlich, etwas, das an die Oberfläche drängt. In diesem zunächst so irrational, so selbstbezogen erscheinenden „Ich möchte endlich gesehen werden“ vermute ich einen tiefen aktuellen Sinn. Nur sucht er sich bisher, ebenfalls individuell wie gesellschaftlich, allenfalls zaghaft bzw. häufig in verzerrter, ressentimentgeladener und damit schwer entschlüsselbarer Form zu artikulieren.

Wenn ich im ersten Teil dieses Vortrags Unbewusstes unter dem Störungsaspekt betrachtet hatte, also als Ausdruck von Kräften, die eine lebendige Weiterentwicklung hemmen, so taucht jetzt etwas anderes auf: unentdeckte Tendenzen in unseren individuellen wie gesellschaftlichen Untergründen, die im Gegenteil dafür förderlich sein könnten – wenn wir nur den Mut

und die Unterstützung haben, um es zuzulassen.

VERMITTLUNG VON WERTEN IN FAMILIE UND ERZIEHUNG

Was die persönliche Werte-Vermittlung in der Erziehung betrifft, so verweise ich auf unendlich viele praktische Erfahrungen, die allesamt besagen: Kinder, gerade kleine Kinder orientieren sich nicht nur am äußeren Verhalten ihrer menschlichen Umgebung, sondern wesentlich auch an dahinter befindlichen Grundtendenzen, nennen wir sie nun Werte, Ziele oder Haltungen. Diese sind auch im Kindesalter deutlich spürbar: Kinder nehmen in äußerster Subtilität – meist für sie mit Worten schwer benennbar – mögliche Divergenzen wahr zwischen diesen Hintergründen und dem offen gezeigten Verhalten. Kinder haben ein außerordentliches Rezeptorium für fundamentale Ethik, die bei ihnen ganz und gar „ursprünglich“ bereits vorhanden ist, ohne dass explizit diesbezüglich erzogen wurde.¹⁰ Entwicklungsbedingt können sie aber solche Unterschiedlichkeiten nicht aus einem ausreichenden Abstand heraus als solche begreifen. Das wird unter Umständen zur Quelle schwieriger Entwicklungslinien.

Dieses feine Wahrnehmen auf Seiten der Kinder richtet sich dabei auch auf die traumatischen Erfahrungen der Eltern aus ihrem Leben. Ebenso können hier transgenerationale Zusammenhänge verschiedener Art von größter Bedeutung sein. Speziell in meiner ausgedehnten Tätigkeit als Krippenpsychologe innerhalb meines Arbeitsfelds an der Erziehungsberatungsstelle wurde ich auf diese Themen wieder und wieder aufmerksam. An dieser Stelle sehe ich eine wichtige Brücke zur Pädagogik: Ich bin der Lehre und Praxis der italienischen Ärztin und Pädagogin Maria Montessori durch eigene berufliche Bezüge verbunden und vor allem durch meine Frau, hoch erfahrene Montessori-Lehrerin, Schulleiterin und Lehrbeauftragte. Zentral für uns beide ist dabei, dass und wie Montessori vom Kind als Baumeister sprach und von den Eltern als Helfern dabei, dass sich das Kind entsprechend dem in ihm angelegten, teils tief inneren Bauplan entwickeln kann. Das

⁹ Herzka, Heinz Stefan (2005): Kinderverträglich denken und handeln. Vorträge und Stellungnahmen in Texten und Tondokumenten. Schwabe, Basel, S. 140

¹⁰ In einer anderen Perspektive kann man auch davon sprechen, dass hier offensichtlich genetisches Erbe aus den Jäger- und Sammlerkulturen zum Wirken kommt, siehe dazu etwa Karel van Schaik, Kai Michel (2016): Das Tagebuch der Menschheit. Was die Bibel über unsere Evolution verrät. Reinbek, Rowohlt

ist von einer Bedeutung, die immer noch zu wenig gesehen wird. Es korrespondiert ganz stark mit dem Thema des „verborgenen Eigenen“ in uns, das aber durch äußere Unterdrückung und Nichtachtung oft in Gefahr ist, sozusagen im Unbewussten stecken zu bleiben. Andererseits korrespondiert es mit dem Erziehungsziel und Ideal, ein Kind sich zu einer wirklich freien, der tiefen Individualität entsprechenden Persönlichkeit hin entwickeln zu lassen, das in dieser Welt von seinem Wesenskern heraus sicher agieren kann – also als wirklich mündiger Mensch in unserer demokratischen Gesellschaft.

Und es hat ganz viel damit zu tun, wie unser Verhältnis zu den anderen Menschen gelebt wird. Dazu gehört zentral, wie wir sie als Andere, als von uns Unterschiedene wahrnehmen können. Montessori legte deshalb größten Wert auf das Beobachten des Kindes im Geiste klarer und gerade dadurch wirklich zugewandter Distanz. In ähnlicher Weise findet sich dieses Thema des Anderen in der Psychoanalyse wie auch in der Philosophie insbesondere von Immanuel Lévinas, Karl-Otto Apel oder Jürgen Habermas. Was zuvor über Resonanz gesagt wurde, gehört hierher. Oder sprechen wir von Verantwortung als Ver-Antworten, so sind wir sofort bei unserem Verhältnis zu den anderen. Und denken wir nochmals an die Trias von schiefem Schuldverständnis, Parentifizierung und Ressentiments, so sehen wir diese drei als gestörte Formen unserer Beziehung zu den anderen.

Lassen Sie mich also folgendermaßen resümieren: Wertevermittlung hört sich gut an, aber unter dem heute erreichten gesellschaftlichen Entwicklungsstand nur dann, wenn sie in einer Zweibahnstraße verläuft, wenn es also die Chance gibt, dass sich auch die Erwachsenen von den Kindern etwas vermitteln lassen in Richtung Werte-Vermittlung von Werten durch Kinder? Ja. Also natürlich auf ihre Weise. Gegenseitige „Erziehung“? Ja. Oder besser: dialogische Entwicklung.

Das ist eine Perspektive, die überraschen mag. Wie wichtig sie aber ist, zeigt das folgende Beispiel aus meiner therapeutischen Arbeit.

Eine Klientin schaute mich völlig erstaunt an, als ich ihr bei entsprechender Gelegenheit etwas von Parentifizierung erklärte, stutzte, sagte dann: „Immer habe ich mich schuldig gefühlt, bis heute, schuldig für alles;

und alles habe ich getan für meine Eltern. Damit sie nur endlich das Schreien aufhörten. Aber es ist mir nicht gelungen. Nie.“ Das ist Parentifizierung pur, mit samt allen Folgen für das Selbstwertgefühl: „Ich habe es nicht geschafft. Ich bin eine Versagerin auf der ganzen Linie.“

Noch etwas brachte diese Klientin überdeutlich zur Sprache anhand eines Vorfalles, den sie in aller Deutlichkeit erinnert. In ihrer Kindergartenzeit wurde sie von der Erzieherin beschuldigt, etwas gestohlen zu haben. Man rief die Mutter hinzu. „Anstatt aber dass sie mich verteidigt hätte, was habe ich gesehen? Ein Aufleuchten in ihren Augen, eine Befriedigung, dass ich eine Diebin wäre.“ Und als dann das angeblich gestohlene Ding später bei der Erzieherin wieder auftauchte und diese sich vor dem Kind und der Mutter entschuldigte, was war deren Reaktion? „Ich habe es genau gesehen bei meiner Mutter in ihren Augen, sie war tief enttäuscht.“ Wie ist das zu erklären? Hier zeigte sich in aller Deutlichkeit das existenzielle Bedürfnis von Kindern nach Wahrhaftigkeit und auf der anderen Seite das massive Interesse von bestimmten Erwachsenen, die in Lüge verstrickt sind, dass ihre eigene Lügenhaftigkeit auf keinen Fall entdeckt wird. Stattdessen wird dann das Kind, wie es hier in der Folgezeit geschah, mit den absurdesten Beschuldigungen behaftet, es wird zum Träger von aufoktrozierter Schuld gemacht, alles auf einer unbewussten Ebene – unbewusst im Sinne von unerkennbar für das Kind; unbewusst im Sinne von weggeschoben, abgewälzt, vor sich selbst und der Welt verborgen gehalten auf Seiten der Erwachsenen. Das ist gestörtes Verhältnis zum Anderen par excellence.

Es sind Erfahrungen wie diese, die mich also sagen lassen: Werte-Vermittlung hört sich gut an, aber nur dann, wenn sie in einer Zweibahnstraße verläuft, wenn auch den Kindern von früh an so etwas wie ein Wertebezug zugetraut wird.

AUF DIE KINDER HÖREN, AUCH AUF DIE IN UNS

Kinder sind bereits im frühen Alter ganz eigene Persönlichkeiten und, wie schon gesagt, versehen mit riesengroßen Antennen für die existenziellen Themen des Lebens. Mir scheint, das Bibelwort ist hier an uns Erwachsene gerichtet: „Und wenn ihr nicht umkehrt und werdet wie die Kinder“ (Matthäus 18; 3) hat ent-

scheidend hiermit zu tun. Oder hören wir noch genauer hin: „Wenn ihr nicht umkehrt und werdet wie die Kinder, werdet ihr nicht in Gottes gerechte Welt eingelangen“ (Bibel in gerechter Sprache). „Gottes gerechte Welt“, der Inbegriff einer Welt der Werte, wird mit den Kindern verbunden. Das bewegt mich sehr, gerade auch vor dem Hintergrund von Erfahrungen, wie Menschen schon als kleines Kind wahrgenommen haben, dass sie Wahrheit gegen die Lügenhaftigkeit der Umgebung zu verteidigen hatten – und das mit ihren völlig unzureichenden Mitteln.

In diesem Zusammenhang kommt mir immer wieder die Geschichte von Esau verkauftem Erstgeburtsrecht in den Sinn. Steckt darin nicht auch, dass wir den uns von Geburt an mitgegebenen Bezug zu einer ganz existenziellen Welt der Werte immer wieder für den schnellen Vorteil des Augenblicks aufgegeben haben? Damit diese innere Welt nicht im Unbewussten fixiert bleibt, braucht es eine fördernde Umgebung. Hören wir hier auf diese Worte von Maria Montessori: „Immer muss die Haltung des Lehrers die der Liebe bleiben. Dem Kind gehört der erste Platz, und der Lehrer folgt ihm und unterstützt es. Er muss auf seine eigene Aktivität zugunsten des Kindes verzichten. Er muss passiv werden, damit das Kind aktiv werden kann.“¹¹ Hier werden also nicht nur Ansprüche für die Anwendung pädagogischer Methoden gestellt. Vielmehr geht es um die menschliche Haltung insgesamt. Und es wird nichts Geringeres gefordert als Liebe. Und eine Liebe soll das sein, die sich selbst zurückstellt zugunsten des Kindes, die hilfreiche Distanz hält.

Liebe: „Als ich noch im Bauch meiner Mutter war, habe ich gelernt, dass der Lebensweg besser liebend als hassend zurückgelegt wird.“¹² Welcher „Verrückte“ kann denn so etwas behauptet haben? Schon im Mutterleib eine Entscheidung? Und dann noch eine so fundamentale? Das war Marc Chagall. Die Sätze finden sich in der Einleitung zur großen Chagall-Bibel. Geheimnisvoll verborgenes Eigenes. Von Liebe ist die Rede – ganz basal. Oder nennen wir es Verbundenheit. Jedenfalls fern noch aller formulierbaren Werte. Wohl aber Grundlage für alles, was kommt.

Ich sehe hier zusätzlich zu dem bisher skizzierten Unbewussten eine Form von ethikbezogenem Unbewusstem, das ganz fundamental ist, noch vor allen Konzepten, und hinsichtlich dessen Kinder uns Erwachsenen Wegweiser sein können. Oder auch: das Kind in uns Erwachsenen. In diesem Unbewussten sind Liebe, Verbundenheit, Wahrheit zentral. Zugleich, denken wir an Montessoris Worte, brauchen uns die Kinder dafür als haltende Umgebung.

Blicken wir nun in Richtung Gesellschaft und denken beim Thema Werte an die großen Ziele der Französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – so sieht es danach aus, dass noch viel Entwicklungsbedarf besteht hinsichtlich ökonomischer Verteilung, Gleichrangigkeit in gesellschaftlicher Teilhabe, zwischen Männern und Frauen wie auch in Richtung Solidarität; dies trotz sehr vieler Aktivitäten im Einzelnen. Die fundamentalen Logiken in unserer Gesellschaft – damit auch in Familie und Erziehungswesen – gehen zurzeit noch vor allem in Richtung Konkurrenz und damit Vereinzelung; sie betonen mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten – mit allen Folgen für Wertevermittlung und Erziehung. Doch wie ich unter dem Thema Resonanz zu zeigen versuchte, scheint da einiges in Bewegung zu sein, individuell und gesellschaftlich, nämlich hin zu mehr Miteinander.

Meine Frau und ich haben 2015 das Buch „Wagnis Solidarität“ veröffentlicht über ehemalige Häftlinge des KZ Dachau, die wir noch persönlich kennenlernen konnten, und haben die von ihnen gelebte Solidarität in den Mittelpunkt gestellt.¹³ Wir hatten dazu auch ein Gespräch mit dem Pfarrer und dem Diakon der Evangelischen Versöhnungskirche auf dem Gelände der Gedenkstätte. Von beiden kamen Hinweise, die gerade heute für uns von entscheidender Bedeutung sein können in unserem Herumsuchen nach neuen, adäquateren Weisen des Miteinander. Sie sprachen von bewegenden Beispielen einer Grenzen überschreitenden Solidarität damals zwischen Häftlingen, also Solidarität nicht nur unter Kommunisten für sich, unter Christen für sich usw., sondern von den Einigen hin zu den Anderen. Das war zu damaligen Zeiten und dann

¹¹ Maria Montessori (1968): Grundlagen meiner Pädagogik. Wiebelsheim, Quelle & Meyer, S. 21

¹² Christoph Goldmann (2007): „Ich sah die Bibel nicht, ich träumte sie.“ Einleitung zu: Die große Chagall Bibel. Stuttgart, Katholisches Bibelwerk, S. 5

noch unter dem SS-Terror etwas Unerhörtes, wie ein Wunder. Und heute? Ich meine, das mit der Grenzen überschreitenden Solidarität steht wie ein Zeichen an der Wand und hat in Zeiten der Flucht so vieler Menschen eine immer offensichtlichere Bedeutung.

Brüderlichkeit, Liebe, Nächstenliebe, Solidarität, Miteinander – zurzeit erleben wir dazu heftige Verunsicherungen und Polarisierungen, am augenfälligsten auf gesellschaftlicher wie individueller Ebene zwischen Willkommenskultur und Abschottungsbestrebungen gegenüber dem Elend der Welt; aber auch im ganz alltäglichen Aufeinandertreffen in Familie, Schule, Arbeitswelt, Öffentlichkeit.

Da stehen die Worte der modernen Wissenschaftlerin und Prophetin Maria Montessori, des modernen Künstlers und Propheten Marc Chagall vor uns. Sollte es denn nicht möglich sein, in wirklich kühner, aber zugleich realistischer Weise nicht so kleinmütig und kleinteilig wie zurzeit noch, vielmehr vergleichbar mit Willy Brandts Entspannungspolitik, die weltweiten Ungleichheiten anzugehen und eine Welt zu bauen, zu deren grundlegenden Richtschnuren Gleichrangigkeit, Solidarität, Nächstenliebe, Brüderlichkeit, Schwesterlichkeit, Geschwisterlichkeit gehören? Als Matrix unseres Miteinanders. So viele Menschen sind längst auf diesem Weg, dabei aber vielfach in der Situation, sich quasi parentifiziert im Kleinen daran abzarbeiten, woran es im Großen noch fehlt.

Zugleich aber mit Blick auf den unendlichen Missbrauch dieser Gemeinschaftswerte in Geschichte und Gegenwart haben wir auch zu bedenken: Nur wenn es dabei gelingt, die abstrakten, übrationalisierten, oftmals manipulierenden Gesellschaftsmechanismen mehr als zurzeit noch unter Kontrolle zu bringen und den individuellen, den lebenden Menschen konsequenter ins Zentrum allen Bemühens zu stellen, können wir mit Zuversicht in die Zukunft unserer demokratischen

Verhältnisse schauen, in den Familien wie in der Gesellschaft.

ANHÄNGE

Um trotz der Komplexität des Themas die Argumentationslinien überschaubar zu halten, mussten einige wichtige Punkte ausgegliedert werden. Sie finden sich in den folgenden Anhängen.

ANHANG 1: WERTEVERMITTLUNG AUF DER HÖHE DER ZEIT

Ein weiteres Fazit aus all dem Gesagten und dem, was für mich dahinter steht, lautet so: Auf der Basis einer trotz mancher Mängel doch außerordentlich bewegenden Demokratisierung in unserem Land, gesellschaftlich wie individuell und in den Familien, geht es mittlerweile entscheidend nicht mehr darum, bestimmte konkrete Werte, nur weil sie „unsere“ sind, anderen gegenüber für überlegen zu halten. Worauf es vielmehr ankommt, ist, selbstbewusster auch Widerstreite von Werten zu leben; und zwar gemeinsam, auch mit denen, die uns zunächst fremd sind und/oder die wir nicht mögen. Das sehe ich nicht als idealistischen Appell, sondern es ergibt sich aus unserer Realität von demokratischen Verhältnissen und von Anforderungen aus der Globalisierung. Die Flüchtlinge seien dabei nicht vergessen, aber auch nicht in den Mittelpunkt gestellt. Statt deren einseitige „Integration in unsere Wertegemeinschaft“ sehe ich stattdessen als aktuelles Ziel eine „Contegration“, also sich aufeinander zu bewegende Veränderungen auf allen Seiten.¹⁴

Aber was wäre dann, so kommt schnell die ängstliche Frage, die „oberste Leitlinie“ über all dem miteinander Verwobenen? Ein „Wert über den Werten“? Also jetzt Geschwisterlichkeit, Nächstenliebe über alles? Nein, es entspricht doch viel mehr den Potenzialen unserer Gegenwart, auf immer neues Ausbalancieren zwischen verschiedenen Wertsystemen zu setzen. Wenn wir dabei an das Dreigestirn von Freiheit, Gleichheit

¹³ Jürgen und Ingeborg Müller-Hohagen (2015): Wagnis Solidarität. Zeugnisse des Widerstehens angesichts der NS-Gewalt. Gießen, Psychosozial

¹⁴ Zu diesen Reflexionen aus der psychologischen Praxis fand ich interessante Konvergenzen in einem Buch des Philosophen Julian Nida-Rümelin (Über Grenzen denken. Eine Ethik der Migration. Hamburg, edition Körber-Stiftung, 2017) Hier entwickelt er in weitem Überblick zur aktuellen philosophischen Diskussion Vorschläge für einen veränderten - ich würde sagen - zeitgemäßen, Umgang mit den durch Globalisierung und weltweite Migrationsbewegungen bedingten Problemlagen. Sein Ansatz setzt ebenfalls darauf, die Vielfalt von Perspektiven voll zu berücksichtigen. Dazu gehört auch der Widerstreit von Werten und Wertsystemen, ohne dass aber in bloßen ethischen Relativismus verfallen würde.

und Brüderlichkeit denken, ist deutlich genug, wie viel da noch in Richtung Gleichrangigkeit und insbesondere Solidarität zu entwickeln ist; aber im Einklang mit unserer so schmerzvoll errungenen Freiheit. In offenen, demokratisch getragenen Prozessen, in der Gesellschaft wie in den Familien, heißt Wertevermittlung dann, kommunikative Räume weiterhin auszubauen und zu sichern, in denen solche Gleichgewichte, gemeinsam mit unseren Kindern und den Jugendlichen, immer wieder neu austariert werden.

ANHANG 2: ZUR ENTDECKUNG VON UNBEWUSSTEM – EIN PERSÖNLICHES BEISPIEL

1982 zogen wir als Folge der Kündigung unserer Wohnung in München nach Dachau. Dieser nur räumlich kleine Umzug über 18 Kilometer führte dazu, dass wir uns wesentlich intensiver als zuvor mit der NS-Geschichte befassten. So saßen meine Frau und ich dann Anfang 1983 für einen Vortragsabend zum ersten Mal in der Evangelischen Versöhnungskirche auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte und waren ziemlich beklommen. Mit welchen Worten die Referentin des Abends, Centa Herker-Beimler, vorgestellt wurde, wissen wir nicht mehr. Genau erinnere ich mich jedoch an unser Erstaunen, dass wir – im Gegensatz zu Menschen in der ehemaligen DDR – noch nie etwas von ihrem Mann, Hans Beimler, gehört hatten. Dieser war KPD-Reichstagsabgeordneter gewesen, ein erklärter und engagierter Gegner der Nazis. Im Frühjahr 1933 war er im gerade erst errichteten KZ Dachau schrecklich gequält worden und sollte umgebracht werden. Doch ihm gelang das Unglaubliche: Er konnte fliehen. Nun würde also seine Witwe zu uns sprechen! Sie war selber mit ihm im Widerstand gegen die Nazis gewesen.

Während der Vorstellung der Referentin schoss es mir durch den Kopf: Wie kann es heute noch einen Menschen geben, der in dieser „längst vergangenen, weit zurückliegenden“ Zeit, sogar schon vor 1933, im Widerstand gegen die Nazis gewesen war? In all der Beklommenheit und Verwirrung durch den Ort und die Thematik schoss dieser zweifelnde Gedanke hoch: Wie kann das also stimmen? Dann aber rechnete der rationale Teil in mir schnell nach: Diese schwächliche Frau, die – 50 Jahre später – auf das Rednerpult zugeht, sie mag heute 75 sein, dann war sie damals also 25 Jahre alt, das passt doch. Wieso also mein vorheriger Zwei-

fel? Was ist mit mir nur los? Wieso habe ich die Zeit von damals so weggeschoben?

Diese Gedanken, die in nur wenigen Sekunden abließen, entfalteten im Weiteren große Wirkung. Sie führten zunächst zu tiefen Schamgefühlen. Wie konnte mein Blick auf die Wirklichkeit nur so verzerrt sein und die fürchterliche Vergangenheit als etwas „weit Entferntes“ hinstellen? Als intensiv ausgebildeter Psychotherapeut mit viel Selbsterfahrung und Therapie hatte ich angenommen, über derart grobe Fehlleistungen hinaus zu sein. Wieso zog ich eine so große innere Grenze zwischen Damals und Heute? Wieso bedurfte es einer erheblichen rationalen Anstrengung, das zu korrigieren? Was für Schubladen bestanden da? Was für unerwartete Tendenzen im Unbewussten? Ich war erschüttert über mich selbst.

Dieses Erlebnis wurde für mich zum Beginn einer neuen, etwas ungewöhnlichen „Lehranalyse“: durch die Begegnung mit Zeugen und Zeugnissen der Vergangenheit und damit verbundene intensivere, konkretere Erkenntnisse dazu, wie sich die damaligen Ereignisse auf uns Nachkommen und insgesamt auf das heutige nunmehr demokratische politische Gesellschaftssystem ausgewirkt haben. Ich lernte, mich an eigener Verleugnung und Verdrängung entlang zu hangeln, und begriff, dass gerade hinter solcher Abwehr besonders heikle Punkte liegen können – sowohl individuell, als auch gesellschaftlich! Ich begann, Verantwortung für meine diesbezüglichen Blindheiten zu übernehmen.

Mit der Zeit entwickelte es sich dann, solche zunächst nur für persönlich gehaltenen Fehler auch in einem gesellschaftlichen Zusammenhang zu begreifen. In dem Maße, wie sich in meiner konkreten Beratungs- und Therapiearbeit die große Bedeutung davon zeigte, Hintergründe aus NS-Zeit und Krieg einzubeziehen, ging mir auf, dass darüber aber weder in meinem Universitätsstudium noch in der sich gesellschaftskritisch gebenden psychoanalytischen Weiterbildung auch nur das Geringste gelehrt worden war. Immer wieder, insbesondere nach meiner ersten Buchveröffentlichung 1988, begegnete ich ungläubigem Staunen einerseits und zum anderen großem Aufatmen bei Menschen vor allem von den Rändern der Gesellschaft: „Endlich sagt mal jemand, ein Fachmann, etwas von dem, was ich immer dunkel gespürt habe, aber nicht ausdrücken konnte!“ Das geht bis heute.

Was jenen Abend und viele weitere in der Versöhnungskirche betrifft, so sind meine Frau und ich der Evangelischen Kirche in Deutschland sehr dankbar, dass sie diesen Ort geschaffen hat und als einzige Einrichtung selbst unterhält. Unter anderem dadurch wurden wir darauf aufmerksam, wie sehr „Geschichte in uns“¹⁵ ein extrem wichtiges Thema für die psychologische wie für die pädagogische Arbeit ist – und für die Weiterentwicklung unserer demokratischen Gesellschaft.

ANHANG 3: EIN VON PARENTIFIZIERUNG BETROFFENER

Herr H., Mitte vierzig, kam zu mir, weil er über Kriegsenkel-Foren darauf gestoßen war, dass seine persönlichen Schwierigkeiten möglicherweise mit dem hartnäckigen Schweigen seiner Herkunftsfamilie über jegliche Bezüge zur NS-Zeit zu tun haben könnten. Über die eine elterliche Seite konnte er dann in Bruchstücken so viel in Erfahrung bringen, dass diese Vermutung sich erheblich bestätigt hat. Die andere Seite schwieg weiterhin. Dabei ist zu beachten, dass beide Eltern bei Kriegsende noch Kinder waren, sich also selber keineswegs schuldig gemacht haben. Aber offensichtlich stecken sie in tiefen Loyalitäten gegenüber ihren Eltern und Großeltern fest und sind selbst wohl auch mit einigem von den NS-Verbrechen in Berührung gekommen.

Was Herr H. mir über seine Kindheit und Jugend berichtete, ist ein Musterbeispiel von Parentifizierung. Er suchte mit größten Anstrengungen das Familiengleichgewicht zu sichern, ohne dafür auch nur ansatzweise die angemessene Anerkennung zu erhalten, im Gegenteil. Zugleich ließ sich dies aber nicht dadurch erklären, dass seine Eltern „schreckliche Leute“ gewesen wären. Nein, vielmehr waren sie wohl Teil einer großen Verwirrung – aber einer Verwirrung mit System, mit dem System des Schweigens der Täterseite nach der Niederlage. Unsere Therapiearbeit bestand wesentlich darin, diese tiefreichende Verwirrung überhaupt erst als solche sichtbar werden zu lassen, sodann Bezüge herzustellen zu seinem gegenwärtigen Leben und dann Herrn H. bei verschiedenen inneren und äußeren Lösungsschritten geduldig zu begleiten.

Aus einem Text, den er einmal zur Beschreibung seiner inneren Welt verfasste, gebe ich einige Sätze wieder: „Und da (das Kind) keine Chance hat, denkt es, dass es selbst falsch ist. Und da das Kind ja falsch liegt, wäre es eine Katastrophe, den Eltern nicht zu vertrauen. Es wäre ja sonst sein Untergang. Und schon sind wir in der Endlosschleife.

Zu lernen, dass man richtig liegt, ist bei mir nach fast 50 Jahren eine 180-Grad-Wende in meinen Leben. Für mein Leben bedeutet das, dass ich zu 98 Prozent nur das Gestörte kenne und dies für normal hielt. Die zwei Prozent übrig gebliebene Normalität sind fast verschüttet. (...)

Man hat fast keinen Halt. Die Waage ist schief, und auf der einen Seite liegt so viel Gewicht, dass man es 'nie' von alleine schafft, die Waage wenigstens so zu 'belasten', dass sie wieder neutral ist und dass man klar die Dinge sehen kann und das Gewicht ganz sanft auf die eigene Seite verlagern kann. (...)

Vielleicht ... und das könnte ein ganz ganz wichtiger Punkt in meinem Leben sein ... bin ich nach wie vor erst 'leistungsfähig', wenn ich ein Mindestmaß an Anerkennung bekomme. Wenn ich es nicht bekomme, dann klappe ich förmlich in mich zusammen, ja dann geht 'nichts mehr'. Und dann läuft eben auch meine Form dementsprechend schlecht. Und wehe, es widerspricht mir jemand. (...)

Abschließend: Ich glaube, man hat ein Bedürfnis nach Wahrheit. Doch wenn man gar nicht weiß, dass man die Wahrheit nicht kennt und sowieso keinen 'Zugriff darauf hat' ... dann bleiben 'ganz merkwürdige Menschen' übrig. Das ist alles irgendwie so dermaßen kaputt.“

ANHANG 4: WAS HEISST DENN HIER ERZIEHUNG?

Auch wenn ich 25 Jahre an einer „Erziehungsberatungsstelle“ gearbeitet habe, so werden Sie vielleicht bemerkt haben, dass ich ansonsten das Wort „Erziehung“ eher vermieden habe. Es klingt so sehr nach Einbahnstraße, und gerade diesem Konzept war zuvor eine Wertevermittlung als Zweibahnstraße entgegengestellt worden.

Speziell im Hinblick auf das Umgehen mit Widersprüchlichem macht mir der Erziehungsbereich Schule

¹⁵ Siehe Müller-Hohagen, Jürgen (1994/2002): Geschichte in uns. Seelische Auswirkungen bei Nachkommen von NS-Tätern und Mitläufern. München, Knesebeck/Berlin, Pro Business

große Sorgen. In meinen 25 Jahren im „Problemgebiet“ München Hasenberg1 war es mir leider nur etwa fünfmal vergönnt, Schüler oder Schülerinnen im Unterricht zu beobachten. Trotz vieler Bemühungen unsererseits, Durchführung von Sprechstunden, Teilnahme an Konferenzen und Gremien u.v.a., trotz guter Kontakte war ein echter Widerstreit unterschiedlicher Zugangsweisen, oder drücken wir es sanfter aus, ein wirklicher Perspektivenwechsel unter gleichberechtigten Partnern in der Praxis eher selten gesucht.

Natürlich kann das von Region zu Region, von Schule zu Schule verschieden sein in unserem föderalen Land, aber ich erlaube mir dennoch hier eine Meinung: Beratung sollte präventiv eingesetzt werden, und nicht erst, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Ich sage dies auch vor dem Hintergrund all dessen, was ich andererseits durch meine Frau kennengelernt habe, insbesondere an der von ihr wesentlich aufgebauten Montessori-Schule Wertingen bei Augsburg.¹⁶

Und ich spreche die an vielen Schulen immer noch bestehenden Abschottungstendenzen auch deshalb hier an, weil genau diametrale Erfahrungen mit den Münchener Kinderkrippen zu machen sind. Basierend auf einem Vertrag mit der Stadt München, also in klar strukturierten Verhältnissen, hat sich hier eine ganz ausgezeichnete Kooperation zwischen den Krippen der Stadt wie der Freien Träger mit den Erziehungsberatungsstellen und anderen Diensten etabliert, einschließlich einer hervorragenden Zusammenarbeit mit dem Jugendamt bzw. der Bezirkssozialarbeit. Oftmals konnten erst durch diese gleichberechtigte Kooperation Belange, Vorbehalte, Hindernisse auf Seiten der Familien aus dem Unbewussten hervorkommen, zum Wohle der Kinder, aber auch aller weiteren Beteiligten. Das ist ein wunderbares Beispiel für das, was heute gebraucht wird.

¹⁶ Siehe dazu auch unser gemeinsames Buch: Ingeborg und Jürgen Müller-Hohagen (2008): Montessori – das Richtige für mein Kind? München, Kösel

VORTRAG



DEMOKRATIE UNTER DRUCK?

- Die verdrängte Demokratie¹⁷ -

Prof. Dr. Regina Kreide

Es ist unbestritten, dass die Demokratie gegenwärtig von mehreren Seiten bedrängt wird. Zum einen schaffen der Klimawandel, aber auch andere Risiken mit transnational spürbaren Auswirkungen (etwa Fukushima) eine schiere Notwendigkeit, Modi transnationalen Handelns und transnationaler Regulierung zu kreieren. Nationale demokratische Parlamente allein können eine wie auch immer geartete Einhegung von Krisenfolgen nicht mehr leisten. Die Demokratie wächst jedoch diesem Regelungsdruck äußerst langsam und auch nur in wenigen Teilen der Welt hinterher. Zum zweiten lässt sich eine Erosion nationaler Souveränität durch Globalisierungsprozesse und die trotz der Krise weiter erstarkten Finanz- und Wirtschaftssysteme erkennen. Colin Crouch hat, wie andere auch, das Phänomen, dass Expertenkomitees, internationale Organisationen und globale Unternehmen an die Stelle des Volkswillens treten, als „Postdemokratie“ beschrieben (Crouch 2004). Und zum dritten sind moderne Gesellschaften durch einen Wertpluralismus und tiefreichende politische, religiöse und soziale Konflikte gekennzeichnet. Das Subjekt der Demokratie, der souveräne Volkswille, ist längst nicht mehr homogen und einheitsstiftend, sondern plural und dissensanfällig. Ein Problem stellt dies dar, wenn politische Entscheidungen nicht mehr im Sinne dessen getroffen wird, was gut für alle sein könnte, sondern Interessenvertretungen und Lobbygruppen in den Entscheidungsprozessen die Oberhand gewinnen.

Wir sind somit mit drei Formen der Verdrängung von Demokratie konfrontiert: Bürger sind von transnationalen Regeln betroffen, auf die sie keinen Einfluss mehr nehmen können. Das bisherige demokratische und staatliche Repräsentativsystem wird zunehmend machtlos. Und schließlich wird der Demos, also das Volk, selbst nach innen und auf globaler Ebene pluraler, was eine konsensuelle Einigung auf das Gemein-

wohl schwieriger werden lässt. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen stellt sich für die politische Theorie und Philosophie die Frage, ob die Demokratie den Kampf mit den unversöhnlichen Folgen einer kapitalistischen Weltgesellschaft schon verloren hat, oder ob es eine Transformation der Demokratie geben kann, die trotz der repressiven Bedingungen selbst demokratisch verläuft.

Ich vertrete hier die Auffassung, dass die normative Demokratietheorie auf eine empirisch informierte Gesellschaftstheorie angewiesen ist (I). Dabei gehe ich von einer Analyse lokaler und globaler Ungleichheit aus. Eine solche Analyse wiederum lässt Rückschlüsse auf eine Demokratietheorie zu, bei der neben der Reflexivität des demokratischen Verfahrens vor allem die außer-institutionelle kommunikative Macht im Zentrum steht (II).

I. DIAGNOS: WACHSENDE UNGLEICHHEIT

Soziale Ungleichheit ist durch ein Paradox gekennzeichnet. Auf der einen Seite hat sich weltweit nach zwei Jahrhunderten die unüberbrückbar erscheinende Wohlstandslücke zwischen dem „globalen Norden“ und den sogenannten Entwicklungsländern verringert. Die Realeinkommen einer Mehrheit in den Mittelschichten, vor allem in Asien, ist um 40 Prozent gestiegen, was teilweise einer Verdoppelung der Einkommen entspricht (Milanovic 2016, 32 ff.). Auf der anderen Seite aber sanken die Realeinkommen in Teilen der Mittelschichten. Betroffen von diesem Einkommens- und Lebensstandardverlust sind in erster Linie die unteren Mittelschichten in den reichen Ländern USA, Europa und Japan. Sie sind ganz offensichtlich die Verlierer der Globalisierung. Was bedeutet dies für demokratische Politik und die soziale Integration unserer Gesellschaften?

¹⁷ Teile dieses Aufsatzes sind bereits in Kreide (2016), „Die verdrängte Demokratie“, Baden-Baden erschienen und unter dem Titel Wie globale Ungleichheit bekämpft werden kann, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 7/8, 2017, 27 - 31.

ÖKONOMISCHE SPALTUNG

Diese Schrumpfung der Mittelschichten zeigt jetzt schon Auswirkungen auf die sozialen und politischen Entwicklungen in Europa und den USA. Die Unterstützung für soziale Dienste der öffentlichen Hand, vor allem im Bildungs-, Gesundheits- und Rentenwesen sinkt und gleichzeitig steigen die Ausgaben für private Sicherheitsdienste dramatisch an, da die Reichen es vorziehen, auf diese Weise die Stabilität des Systems zu garantieren. In den USA wurden schon seit 1970 mehr Arbeitskräfte im Bereich der Sicherheit eingesetzt als in jedem anderen Land, der Anteil an den Beschäftigten in dieser Branche lag 2000 bei zwei Prozent. In Deutschland waren im Jahr 2010 schon 170.000 Arbeitnehmer in annähernd 4.000 Sicherheitsunternehmen tätig, Tendenz steigend. Auch das Angebot an Konsumgütern spiegelt diese zunehmende Wohlstandsspreizung (Milanovic 2016): Die Warenproduktion hat sich hin zu Luxusgütern verschoben und auf den Wohnungsmärkten in den großen und mittelgroßen Städten dominieren die Offerten für hochpreisigen Wohnraum, der nicht immer luxuriös ist, aber dies zu sein verspricht. Auch die Durchlässigkeit zwischen den sozialen Schichten hat in den OECD-Ländern abgenommen. Ziemlich konstant bleibt das obere Einkommensfünftel. In den mittleren Schichten gibt es zwar noch mehr Aufstiegs- als Abstiegschancen, aber für die unteren Zweidrittel der Einkommensskalen gilt das nicht; im Gegenteil: die Chancen abzurutschen sind groß (OECD 2008, S. 169 - 179). Die Angst der unteren Mittelschicht vor einem sozialen Abstieg, aus dem es dann kein Entrinnen mehr gibt, ist also durchaus berechtigt.

POLITISCHE SEGREGATION

Diese anhaltende ökonomische Spaltung führt auch zu einem Verlust der politischen Einflussnahme der Mittelschichten. Formal funktioniert die Demokratie noch, da es freie Wahlen und Meinungsfreiheit gibt, aber unübersehbar entwickeln sich unsere Gesellschaften hin zu einer Plutokratie, in der, wie Karl Marx es sagen würde, die „Diktatur der besitzenden Klasse“ herrscht. Das ist ein Problem für die Demokratie, nicht für den Kapitalismus, der auf die Demokratie gut verzichten kann. Die Demokratie hingegen wird durch den Kapitalismus auf Dauer ausgehöhlt. Dass Kapitalismus und Demokratie in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen, ist nicht neu; die Friktionen haben sich aber verschärft.

Da durch den demokratischen Prozess zumindest theoretisch die Möglichkeit besteht, dass die Unter- und Mittelschichten den Prozess der Globalisierung stoppen könnten, besteht ein Interesse der reichen Globalisierungsgewinner, die Demokratie zu unterdrücken. In den USA beispielsweise gehen 80 Prozent der Amerikaner wählen, die zur höchsten Einkommensgruppe gehören, während im untersten Dezil dies nur auf 40 Prozent zutrifft (Milanovic 2016, S. 210). Offensichtlich hat der einkommensschwache Teil der Bevölkerung bereits resigniert bzw. drückt seinen Unmut, sich nicht repräsentiert zu fühlen, durch das Fernbleiben von der Urne aus, während die Reichen sich ihrer Pflicht, wählen zu gehen, eher bewusst sind und sich auch mehr davon versprechen. In Deutschland sieht es ganz ähnlich aus. Hier haben bei einer Untersuchung sogar 90 Prozent des oberen Drittels der Gesellschaft angegeben, dass sie regelmäßig wählen gehen, während in Gebieten wie zum Beispiel Köln-Chorweiler oder Leipzig-Volkmarsdorf kaum mehr als 40 Prozent Wahlbeteiligung besteht. (Schäfer 2010). Der ökonomischen Spaltung folgt die politische Segregation.

KULTURELLE UNSICHTBARKEIT

So eindeutig der Zusammenhang zwischen politischer und ökonomischer Ungleichheit auch sein mag, diesen Prozess des wechselseitigen Verstärkens von ökonomischer und politischer Separierung kann man nicht vollständig erfassen, wenn man nicht auch den kulturellen Aspekt im Blick hat. Didier Eribon beschreibt in seinem in Deutschland berühmt gewordenen Buch „Die Rückkehr nach Reims“ (Eribon 2016), warum seine Arbeiterfamilie, die traditionellerweise die Kommunisten wählte, sich Le Pen zuwandte. Seine Familie fühlte sich von den traditionellen Parteien nicht nur ungerecht behandelt und zu wenig repräsentiert. Sie hatte den Eindruck, dass es ein wechselseitiges „Unvernehmen“ (Ranciere) gab. Es fehlte eine gemeinsame Sprache, mit der man sich hätte verständigen können. Das ist immer noch so. Die Arbeiterklasse und die unteren Mittelschichten sind aus dem Selbstverständnis der etablierten politischen Parteien völlig verschwunden, die selektiv die Interessen ihrer eigenen, gebildeteren Klientel bedienen. Das Prekariat ist nicht nur ökonomisch schwach und politisch marginalisiert, sondern auch kulturell unsichtbar. Diese Ignoranz rächt sich nun.

Gerade linke Politik habe, so die Politikwissenschaftlerin Nancy Fraser, die Kapitalismuskritik ausgeblendet und sich mit Ideen der Selbstverwirklichung und des guten Lebens beschäftigt, was einem „progressiven Neoliberalismus“ erst so richtig auf die Sprünge geholfen habe (Fraser 2016). Immer noch finden vor allem lebhaft Debatten über Feminismus, Transsexualität, Antirassismus und Gender-Toiletten statt, während über prekäre Arbeitsverhältnisse, Überschuldung, unbezahlbare Zahnversorgung und die Scham, solche Probleme öffentlich zu adressieren, weitestgehend geschwiegen wird. Während die einen die neueste Fusionsküche probieren, schlagen sich die anderen, fast unbemerkt, mit prekären Null-Stunden-Verträgen durchs Leben und werden in den Medien für ihre Jogginghosen-Mode verlacht. Mit der Abwendung von einer vermeintlich spießigen Lebensweise des Normalarbeitsverhältnisses wurde auch der Kampf für die Lebenssituation der prekär Beschäftigten aufgegeben und der Weg für das vermeintliche Ideal des flexiblen, immer verfügbaren und für sich selbst verantwortlichen Unternehmers geebnet.

HERRSCHAFT ÜBER KULTUR

Es ist zweifellos richtig, dass die Linke die „soziale, materialistische Frage“ nicht nur vernachlässigt, sondern in Deutschland und anderen europäischen Ländern die Wende zum Neoliberalismus zu verantworten hat (Stichwort: Agenda 2010). Doch Frasers allzu schnell hergestellter kausaler Zusammenhang von Identitätspolitik und Neoliberalismus greift nun wiederum auch zu kurz. Erstens wird damit der vermeintlich tonangebende „Postmaterialismus“ überschätzt. Für eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung nach 1968 war eine postmaterialistische Orientierung zu einer Wertepolitik vor allem deshalb attraktiv, weil sie in permanentem Wirtschaftswachstum und unendlichen Konsummöglichkeiten eingebettet war. Und zweitens verstellt Frasers Kurzschluss auch den Blick dafür, wie die populistische Rechte kulturelle Zugehörigkeit für ihre Zwecke nutzt und dieses Feld „besetzt“ – und zwar mit Vorzeichen, die einer liberalen Linke nicht recht sein können.

Die Rechtspopulisten greifen alle drei Formen der Ungleichheit auf. Einerseits adressieren sie die „soziale Frage“, wobei sie wirtschaftspolitisch ganz im Rahmen neoliberaler, bestehender Rahmenbedingungen voran-

gehen wollen – von einigen medienwirksamen protektionistischen Ausnahmen Trumps einmal abgesehen. Zweitens pochen sie darauf, besser als Alle zu wissen, was das „Volk“ ist und will, und nutzen Referenden und andere demokratische Instrumente rein instrumentell, um ihre antidemokratischen Interessen Macht zu verleihen (Landwehr et al. 2017). Und schließlich versuchen sie sich an einer Umdefinition kultureller Leitlinien. Die nationale Souveränität, die es angesichts der Globalisierung weder auf ökonomischem noch auf politischem Gebiet gibt, wird als Ethno-Nationalismus reinszeniert (Appadurai 2017). Wenn schon die ökonomische Souveränität der Staaten verloren geht, gilt es offensichtlich, wenigstens so etwas wie kulturelle Selbstbestimmung herzustellen. Die Aufwertung kultureller Souveränität findet sich in den Wahlprogrammen der europäischen rechtspopulistischen Parteien und ist auf der Staatsebene in den Plutokratien eines Trump, Orbans, Putins, Erdogans und Modis bereits verwirklicht. Alle eint eine Rückbesinnung auf das „Eigene“, gefüllt mit ethnisch-nationaler Herkunft oder dem „Völkischen“ (F. Petry), die Vorstellung kultureller Homogenität und die Abwertung und Unterdrückung Aller, die nicht in dieses Schema passen. Geradezu klischeehaft zeigt sich dies, wenn die AfD bei einer Veranstaltung ihr Parteologo aus Würsten formt und auf einem Haufen Mettfleisch drapiert. Die Botschaft: Wir sind weder vegetarisch noch vegan, wir essen Schweinefleisch, sind traditionsverbunden und wissen, was „das Volk“ will! Ungleichheit drückt sich nicht nur im Kampf um die Verteilung ökonomischer Güter, sondern auch im Kampf um kulturelle Hegemonie aus.

VERLUST DER ZUKUNFT

Vor dem Hintergrund dieser unaufhaltsamen Ungleichheiten bahnt sich ein ungutes Gefühl seinen Weg. Für einen größer werdenden Teil der Bevölkerung erscheint das einzige Versprechen der Zukunft zu sein, dass sich ihre Lebensbedingungen verschlechtern, ihre kulturelle Wertschätzungen schwinden und die politischen Einflussmöglichkeiten abnehmen werden. Wir erleben den Verlust eines Sinns von Zukünftigkeit (Fisher 2014). Vision, wie wir angesichts massiver Ungleichheiten unser gesellschaftliches Leben gestalten können, sodass Menschen in Frieden, Freiheit und Gleichheit zusammenleben können, scheint es nicht zu geben. Der technische Fortschritt hat sich durch

das Internet und die neuen Kommunikationsmedien beschleunigt, der kulturelle Fortschritt aber ist bis zum Stillstand verlangsamt. Utopische Vorstellungen, etwas Neues, Bahnbrechendes, Alternatives zu kreieren, sind auf die Entwicklung eines neuen iPhones oder besser verträgliche Körperimplantats reduziert. An die Stelle der “no alternatives” ist zwar jede Menge “change” getreten, aber die Rede vom Wandel ist selbst fester Bestandteil neoliberaler Macht.

II. DEMOKRATIE UND KOMMUNIKATIVE MACHT

Eine Analyse dieser Ungleichheiten liefert zugleich einen Einblick in die Partizipationshindernisse für die Demokratie. Wer den Eindruck hat, zu recht oder unrecht, nicht repräsentiert zu sein, geht nicht zur Wahl und wer bloß an eine technisierte, nicht aber kulturelle Zukunft glaubt, wird sich nicht für Politik interessieren.

Was also könnten unter diesen Bedingungen Entwicklungsspielräume für das Politische sein? Ein normativer Bezugsrahmen – ich muss es hier bei dieser Andeutung belassen –, der tragfähig genug ist, um eine solche Potentialanalyse zu erlauben, scheint mir das Konzept der kommunikativen Macht zu sein. Dem möchte ich mich abschließend zuwenden.

Man würde die Demokratie missverstehen, wenn man übersähe, dass Demokratie immer auch mit Macht zu tun hat. Demokratie übt Macht aus, sie kann die Bürger zur Einhaltung von Gesetzen zwingen und die Exekutive an Gesetze binden. Aber aus Sicht der Volkssouveränität schafft Demokratie auch Macht: Macht, die von den Bürgern ausgeht. Für einige Positionen – die neo-republikanische etwa – besteht die Macht der Bürger darin, nicht dominiert zu werden (Pettit 1997). Dies verfehlt aber den Punkt aktiver Partizipation und reduziert die Rolle der Bürger auf die Ausübung passiven Widerstandes.

In einer anderen, rechtspositivistischen Lesart wird die Macht der Volkssouveränität direkt an die Legitimität erzwingbaren Rechts gebunden (Nagel 2005). Dies betont die institutionelle Seite der Demokratie, unterschätzt aber die Macht des Volkes jenseits des

politischen Systems. Und schließlich lässt sich politische Macht deuten als Macht, die niemand besitzt, sondern die zwischen Menschen entsteht, wenn sie politisch handeln – jenseits von einer Verengung auf die Durchsetzung eigener Interessen, die Verwirklichung kollektiver Ziele oder gar administrativ bindender Entscheidungen (Arendt 1970: 45). Nach Hannah Arendt drückt sich in der Ausübung politischer Macht Freiheit aus, nämlich zum einen die negative Freiheit, nicht beherrscht zu werden und nicht zu herrschen und die positive Freiheit, einen Raum zu kreieren, „in dem jeder sich unter Seinesgleichen bewegt“ (Arendt 1993, S. 9).

Jürgen Habermas hat diese Idee aufgegriffen und als kommunikative Macht umgedeutet.¹⁸ Kommunikative Macht ist eine Form politischer Macht. Allgemein gesagt, ist damit die ungehinderte Ausübung öffentlicher Freiheit der Bürger gemeint. Spezifischer ausgedrückt lässt sich die kommunikative Freiheit durch drei Aspekte charakterisieren: Die kognitive Seite kommunikativer Freiheit fordert erstens freies, deliberatives Debattieren, den freien öffentlichen Austausch von Informationen und Argumenten zu wichtigen Themen. Sie basiert auf der Annahme, dass Ergebnisse durch ein gerechtes Verfahren zustande kommen und deshalb für sich in Anspruch nehmen können, rational zu sein (Habermas 1992, S. 183 ff.).

Zweitens kann kommunikative Macht nur kollektiv ausgeführt werden, sie kreiert geteilte Überzeugungen, die immer wieder aufs Neue debattiert werden können, die aber durchaus intersubjektive Anerkennung finden können. Diese geteilten Überzeugungen entfalten zugleich eine motivationale Kraft. Kommunikative Macht ist treibende Kraft, weiter zu deliberieren, neue Machtpotentiale zu genieren und für die Akzeptanz handlungsrelevanter Pflichten zu werben.

Und drittens ist kommunikative Macht, um noch einmal Arendt zu bemühen, Macht, durch die eine gemeinsame Willensbildung unter Bedingungen nicht erzwungener Kommunikation geschaffen werden kann.

Kommunikative Macht hat die Kraft des Infragestellens – von bestehenden Institutionen, Praktiken, Ver-

¹⁸ Ich danke Hauke Brunkhorst für hilfreiche Diskussionen zu diesem Punkt. Zum Begriff kommunikativer Macht bei Habermas siehe auch den erhellenden Beitrag von Gunnar Hindrichs. Hindrichs (2009) jedoch interpretiert kommunikative Macht platonisch als übergreifendes Prinzip des guten Lebens.

hältnissen. Und diese zeigt sich besonders unverblümt in Akten des Aufbegehrens gegen Repression, im Widerstand, im Augenblick, wenn die Chance zur Revolution genutzt wird, in Momenten, in denen „Revolutionäre die Macht ergreifen, die auf der Straße liegt; wenn eine zum passiven Widerstand entschlossene Bevölkerung fremden Panzern mit bloßen Händen entgegentritt“ (Habermas 1992, S. 184), wenn Bürger der früheren DDR mit Schweigemärschen dem autokratischen Regime den Todesstoß versetzen, wenn Proteste in Madrid damit beginnen, dass sich jemand auf der Plaza del Sol niederlässt und sagt, er sei von den Mühen des Überlebenskampfes erschöpft, und er wolle so nicht weitermachen.

Kommunikative Macht existiert nicht, wie gelegentlich fälschlicherweise unterstellt, allein im Seminarraum eines philosophischen Instituts. Kommunikative Macht ist Widerstand – wortgewaltig oder auch schweigend. Sie hat ihren Grund in gesellschaftlichen Krisen, in Ungerechtigkeiten und Kolonialisierungen. Sie kann sich daher genau dort entfalten, wo demokratische Strukturen nicht hinreichen und wo politische Partizipation ausweglos scheint: am Arbeitsplatz, im Haushalt, in Organisationen, unter repressiven, einschüchternden, demütigenden Bedingungen. Kommunikative Macht kann sich darauf richten, bestehende Institutionen zu verändern, abzuschaffen oder überhaupt erst ins Leben zu rufen. Protest auf nationaler und globaler Ebene, Twitter-Revolutionen und ziviler Ungehorsam gehören demnach zur Demokratie wie der Bodensatz zum Mokka. Demokratien sind verwirrende Unternehmungen, mit einer gewissen Informalität, und ebenso gehören Probedurchläufe, Experimente oder die Verschiebung von Grenzen und Begrenzungen dazu; diese Prozesse sind facettenreich, laut und manchmal auch irrational.

Die Austragungsorte der jüngsten Proteste sind alles ‚Maidane‘: Maidan at-Tahrir in Kairo, Taksim Meydani in Istanbul, Maidan Nezalezhnosti in Kiew. Interessanterweise bezeichnet im Persischen, im Arabischen, im Ukrainischen und auch im Russischen der Maidan einen Platz (Widmann 2014). Ein arabisches bzw. persisches Wort findet seinen Weg zurück nach Europa, wo es ideengeschichtlich eine weitläufige Verbindung zur Aristotelischen Agora gibt.

Die Bilder von Barrikaden, von brennenden Reifen,

Sandsäcken und Zelten wirken archaisch. Aber auch heutzutage ist der Maidan umkämpft. Nicht alle finden sich dort ein, nicht alle kämpfen mit gleichen Mitteln. Es ist ein Kampf der Körper vor Ort. In der Ukraine beispielsweise wurde schnell ein „Anti-Maidan“ organisiert, eine scheinbar unabhängige Bewegung bezahlter Gelegenheitsarbeiter und Angestellter, die für die Gegenseite demonstrierte (Mishchenko 2014, S. 26 - 27). Der Protest auf dem Platz – so beschreiben es zahlreiche Autoren – ist körperlich und materiell; eine neue, subversive Beziehungsform entsteht, die im Austausch von Gedanken, Lebensmitteln, Arbeit und Hilfe besteht. Dieser Kampf wird im Netz weitergeführt, er ist nicht losgekoppelt vom Platz. Im virtuellen Raum hingegen treten andere Qualitäten in den Vordergrund, nicht zuletzt sind es dort die Mächtigen, auch, wie in Kiew, die Rechtsradikalen, die dann das Sagen haben. Doch diese Erfahrung der Anwesenheit in der Politik, auf dem Platz muss es gewesen sein, die die beiden Kiewer Künstler Antolij Bjelow und Kateryna Mishchenko dazu brachte, auf einem Schild auf dem Maidan – in Abwandlung einer der letzten Zeilen von Marx’ Kommunistischen Manifest – nachdem die Ketten gesprengt und der Machthaber gestützt war – zu schreiben: „Wir haben nichts mehr zu verlieren als unsere Maidane“ (Mishchenko 2014, S. 23).

Was hat dies mit deliberativer Demokratietheorie zu tun? Sehr viel, wie ich meine. Es lenkt den Blick auf das, was vor der Rechtssetzung im öffentlichen Raum passiert. Hier zeigt sich noch einmal eine andere Facette kommunikativer Macht. Sie zeigt sich im Widerstand gegen Repressionen, in den Augenblicken, wenn Revolutionäre die Macht ergreifen, wenn einen zum passiven Widerstand entschlossene Bevölkerung fremden Panzern mit bloßen Händen entgegentritt, wenn überzeugte Minderheiten bestehenden Gesetzen die Legitimität bestreiten und zivilen Ungehorsam verüben (Habermas 1992, S. 184).

Eine demokratische Transformation kann jedoch nicht, so würde Rainer Schmalz-Bruns sicherlich einwenden, auf Öffentlichkeit, Dissens, Agitation und Revolution beschränkt sein. Kommunikative Macht wird in reflexive Deliberation (Schmalz-Bruns 1995), Rechtssetzung (Benhabib 2008) und argumentative Rechtfertigung (Forst 2007) übersetzt. Allerdings ist dies nur eine Seite der kommunikativen Macht.

Die andere Seite ist die der Institutionen. Denn wie kann es Demokratie ohne Institutionen geben? Eine Antwort darauf ist, dass ein erweiterter Begriff ‚radikaler Demokratie‘ gerade die nicht-institutionelle mit der institutionellen Seite der Demokratie verbindet.

Von Locke über Kant bis zu Sieyès teilen die Theorien der Volkssouveränität eine wesentliche Einsicht: Das Volk ist ein unteilbares Ganzes (Brunkhorst 2002, S. 97 ff.). Jeder und jede gehört zum Volk. Das Volk selbst kann nicht in die Herrschenden und die Beherrschten aufgespalten werden. Demokratische Repräsentation basiert, so John Dewey, auf der strikten „Identität“ der „Interessen der Regierenden mit den Regierten“ (Dewey 1996, S. 87). Dieses Kongruenzprinzip, das in rechtlich-normativer Begrifflichkeit die Spaltung in Herrschende und Beherrschte, Regierende und die Regierten überwindet, trennt den modernen Begriff der Volkssouveränität von dem antiken Begriff der Volksherrschaft. Während „Volksherrschaft“ bedeutet, dass manche frei sind, während die anderen wenigstens zeitweise in ihrer Freiheit eingeschränkt sind, steht das Wort „Volkssouveränität“ für die permanente gleiche Freiheit aller Rechtssubjekte (Maus 2011, S. 22 - 43). Doch was heißt dies, angesichts der oben genannten globalen Herausforderungen und der dort identifizierten Partizipationshindernisse?

Demokratie ohne Demos ist unmöglich. Eine maßgebliche etatistische Position betont, dass wir staatliche oder doch wenigstens staatsähnliche Institutionen benötigen, die mit administrativer Macht und effizienten Zwangsinstrumenten und einem Gewaltmonopol ausgestattet sind, um so die Gleichheit politischer Partizipation angesichts potentieller Verletzungen sichern zu können (Albert/Schmalz-Bruns 2009; Nagel

2005; Scheuerman 2009).¹⁹ Es ist jedoch fraglich, ob Volkssouveränität tatsächlich auf einen Staat angewiesen ist. Volkssouveränität bedeutet, dass diejenigen, die von den bindenden Regeln betroffen sind, als freie und gleiche Mitglieder im Regelsetzungsprozess als Autoren beteiligt sein sollten (Habermas 1992). So formuliert, ist der erste Anspruch der Bürger der auf Autorenschaft, nicht auf staatliche Institutionen, insbesondere, da Staatsgrenzen nicht länger Umfang und Reichweite von Entscheidungsprozessen, von denen Bürger betroffen sind, bestimmen (Brunkhorst 2004, S. 99). Selbstregierung in der Weltgesellschaft sollt daher anderes verstanden werden: nicht basierend auf einen einzelnen demos, sondern als die Regierung der vielen demoi.²⁰ Dies erlaubt es den Bürgern, ihre politische Macht in einem Bereich sich überlappender demoi (national, regional, international) und in verstreuten politischen Einheiten auszuüben. Das bietet die Chance, dort, wo Bürger ausgegrenzt, unterdrückt, marginalisiert werden, Widerstand zu leisten – lokal und unabhängig davon, ob dies auf einem bestimmten nationalen Territorium oder innerhalb einer speziellen nationalen politischen Agenda geschieht.

SCHLUSSBETRACHTUNG

Manchmal hat man den Eindruck, Europa sei/die Europäer seien müde geworden. Sie überlassen die Öffentlichkeit den Medienmogulen, das Internet den Großkonzernen und die sozialen Medien den Hasspredigern. Sie verspielen damit ihr eigenes, enorme Potential kreativer Problemlösungen; sie nehmen in Kauf, dass Errungenschaften, für die Menschen früher auf die Barrikaden gegangen sind – für politische Freiheit, soziale Rechte, die Freiheit vor staatlicher Überwachung – einfach Geschichte werden und vielleicht in Vergessenheit geraten.

¹⁹ Eine nationalstaatliche Konzeption der Demokratie betont die Idee, dass es einer pluralen Weltgesellschaft keine andere Möglichkeit gäbe, als die verschiedenen nationalen demoi (Völker) unter dem Dach eines einzigen demos zusammenzufassen. Ähnlich, wie wir das schon von Europa kennen, gäbe es innerstaatliche Demokratien, über die auf supranationaler Ebene eine Weltdemokratie herrschen würde (Albert/Schmalz-Bruns 2009), oder – wie Kant es ausdrückte – eine Weltrepublik, bei der alle Bürger als Weltbürger über internationale Anliegen entscheiden. Kant hat in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ (Kant 1977) die Vorstellung der Weltrepublik bekanntermaßen für philosophisch geboten, aber für politisch nicht durchsetzbar erklärt. Ich denke, dass eine Weltrepublik nicht nur ein neues, militärisch-zwangsbewährtes Empire bedeuten, sondern auch auf eine Verringerung der demokratischen Kontrolle von „unten nach oben“ hinauslaufen würde. Denn wer würde sich in einem Weltrepublik-Moloch noch auskennen?

²⁰ Bohman (2007). Allerdings beschränkt sich die Möglichkeit der demokratischen Partizipation der Bürger bei Bohman auf das Anstoßen deliberativer Prozesse. Zur Kritik siehe auch Lafont (2009).

„Es ist schön“, schreibt der polnische Schriftsteller Jurko Proschasko, „einen Apfel zu brechen. Deutlich sind die inneren Strukturen zu erkennen: glitzernde, goldschimmernde Körnchen, die Zellen, aus denen das Fleisch besteht, die Wurmgänge mit ihren beunruhigenden Ablagen. Bei starkem Licht wird man sogar ein wenig geblendet. Doch der Blick lohnt sich. In dieser gnadenlosen Frische währt er nicht lange. Denn das Fleisch wird schon dunkel“ (Proschasko 2014, S. 113). Mit der Öffentlichkeit ist es ähnlich. Sie bricht die Wirklichkeit auf. Man erkennt Dinge, die man vorher nicht sah. Man wird mit ungewohnten Ansichten konfrontiert und legt Dinge frei, die zuvor verborgen waren. Doch man muss sich auch beeilen, bevor durch Vernachlässigung, Gewöhnung, Sorglosigkeit die Erkenntnisse sich eintrüben, verschwimmen und ganz unansehnlich werden. Die deliberative Demokratietheorie setzt auf den Bürger, der hinsieht und sich vom Anblick eines gebrochenen Apfels anregen lässt. Sie ist daher nicht paternalistisch, aber sie ist auch nicht ohne Anstrengung zu haben.

Kleinteilige Wahlversprechen von Steuersenkungen, Wünsche für den Umweltschutz oder Agenda 2010-Reformchen reichen da nicht aus. Es müsste grundsätzlich über neue Wirtschaftsformen debattiert werden: Produzenten-Kooperativen, Aufkauf von Unternehmen durch die Arbeitnehmer/innen, Verteilungsmodi von Profit und neue Formen des Geldverleihs durch Staaten (anstelle von Banken). Die Vermögenssteuer müsste wieder eingeführt werden, um Bildungsprogramme, bezahlbaren Wohnraum und eine einheitliche Krankenkasse finanzieren zu können. Auf diese Weise könnte auch so etwas wie politische Solidarität über Klassen- und europäische Staatsgrenzen hinweg entsteht.

Auch die politische Mitbestimmung in Betrieben, Institutionen und auf europäischer Ebene bedarf der Reform. Die innovative Kraft in Politik (und Wissenschaft) liegt im experimentellen Ausprobieren durch Kreative. John Stuart Mill sprach von „exzentrischen“ Individuen, die in Kooperation mit Anderen Ideen entwickeln; und diese werden nicht durch Verwaltungsapparate und effizienzorientierte Expertengremien, die von der Lebensrealität der Bürger/innen weitestgehend entfremdet sind, ausgebootet und ruhiggestellt. Nur im kollektiven politischen Handeln kann ein Vertrauen darin entstehen, dass alle im langfristigen Ei-

geninteresse kurzzeitig Einschränkungen hinnehmen. Dabei dürfen die berechtigten Interessen der verschiedenen Minderheiten nicht gegenüber Teilen der „weißen“, ökonomisch schlechter gestellten Bevölkerung ausgespielt werden. Letztlich lässt sich die Zukunftslosigkeit nur im experimentellen, politischen Handeln im Hier und Jetzt vorweggenommen werden. Für ein Warten auf die Realisierung politischer Ideen in ferner Zukunft haben wir keine Zeit.

REFERENZEN

- Albert, Mathias; Schmalz-Bruns, Rainer (2009): Antinomien der globalen Governance: Mehr Weltstaatlichkeit, weniger Demokratie? In: Brunkhorst H. (Hrsg) Demokratie in der Weltgesellschaft (= Soziale Welt, Sonderband 18). S. 57 - 74, Nomos: Baden-Baden.
- Appadurai, Arjun (2017): Demokratiemüdigkeit. In: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit, S. 17 - 37: Berlin.
- Arendt, Hannah (1991/1955): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München: Piper.
- Benhabib, Seyla (2008): Another Cosmopolitanism (Berkeley Tanner Lectures), Oxford University Press: Oxford.
- Brunkhorst, Hauke (2002): Solidarität. Von der Bürgerfreundschaft zur globalen Rechtsgenossenschaft, Suhrkamp: Frankfurt a. M.
- Brunkhorst, Hauke (2004): A Polity Without a State? European Constitutionalism between Evolution and Revolution. In: Eriksen E O, Fossum, J E, Menedez A J (Hrsg) Developing a Constitution for Europe. Routledge: London.
- Crouch, Colin (2004): Post-Democracy. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dewey, John (1996): Die Öffentlichkeit und ihre Probleme. Philo: Frankfurt a. M.
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims: Berlin.
- Fisher, Mark (2014): Ghosts of my Life. Writings on Depression, Hauntology, and Lost Futures: New York.
- Fraser, Nancy (2017): Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2017, S. 71 - 76.
- Forst, Rainer (2007): Dialektik der Moral. Grundlagen einer Diskurstheorie transnationaler Gerechtigkeit. In: ders., Das Recht auf Rechtfertigung, Frankfurt a. M., S. 343 - 357.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung, Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt a. M.
- Landwehr, Claudia; Thorsten Faas, Philipp Harms (2017): Bröckelt der Verfahrenskonsens? Einstellungen zu politischen Entscheidungen und demokratischen Entscheidungsverfahren in Zeiten des Populismus. In: Leviathan, Jahrgang 45 (2017), Heft 1, 35 - 54.
- Maus, Ingeborg (2011): Über Volkssouveränität - Elemente einer Demokratietheorie, Berlin: Suhrkamp.
- Milanovic, Branko (2016): Die ungleiche Welt. Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht: Berlin.
- Mishchenko, Kateryna (2014): Ein schwarzer Kreis, In: Euromaidan. Was in der Ukraine auf dem Spiel steht. Berlin: Suhrkamp, S. 21 - 38.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft, Berlin: Suhrkamp.
- Nagel, Thomas (2005): The Problem of Global Justice. Philosophy & Public Affairs 33, S. 113 - 147.
- OECD (2008): Growing unequal? Income distribution and poverty in OECD countries, Paris: Organization for economic Cooperation and Development.
- Pettit, Philip (1997): Republicanism: A Theory of Freedom and Government. Clarendon Press: London.
- Prochasko, Jurko (2014): Kleine Europäische Revolution, In: Andruchowytch, Juri/Belorusets (Hg.): Euromaidan, Berlin: Suhrkamp.
- Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Schäfer, Armin (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 4, S. 131 - 156.
- Scheurman, William (2009): Postnational Democracies Without Postnational States? In: Ethics & Global Politics, 2, S. 41 - 63.
- Schmalz-Bruns, Rainer (1995): Die Theorie des kommunikativen Handelns - eine Flaschenpost? Anmerkungen zur jüngsten Theoriedebatte in den Internationalen Beziehungen. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2, S. 347 - 370.
- Schmalz-Bruns, Rainer (1995): Reflexive Demokratie. Nomos: Baden-Baden.
- Vogl, Josef (2015): Der Souveränitätseffekt, Zürich.

VORTRAG



UMGANG MIT RECHTSPOPULISMUS - VOR ORT UND IN DER FAMILIE

Prof. Dr. Dierk Borstel

AUFBAU

- > Was wollen Rechtspopulisten?
- > Worauf gilt es zu reagieren?
- > Umgang mit Rechtspopulismus

WAS IST RECHTSPOPULISMUS?

„populus“ = Volk, Publikum

Populismus = volkstümlich, volksnah

Was ist so schlimm daran in einer Demokratie?

POPULISMUS - STILMITTEL

Typische Kommunikationsmittel:

- > einfache, bildreiche Sprache „Wir hier unten / Die da oben“ Konstruktionen
- > „Stimme des kleinen Mannes“
- > „gesunder Menschenverstand“
- > Wahrheit versus Lüge
- > einfache Analysen und Antworten auf komplexe Fragen

RECHTSPOPULISMUS – ZUSATZ DER STILMITTEL

- > Eigene völkische Gruppe gegen die „Fremden“
- > Einheit der „Normalen“ gegen zu viel Vielfalt
- > Wahrheit versus Lüge
- > Direkte Demokratie gegen das System
- > Vermeintliche Enttabuisierungen von Themen wie Asyl, Flucht, Kriminalität, Korruption
- > Europa der Völker statt europ. Integration
- > Anti-Islam –Programmatik (Unvereinbarkeitsidee)

DEUTSCHLAND 2050 AUS DER SICHT DER RECHTSPOPULISTEN

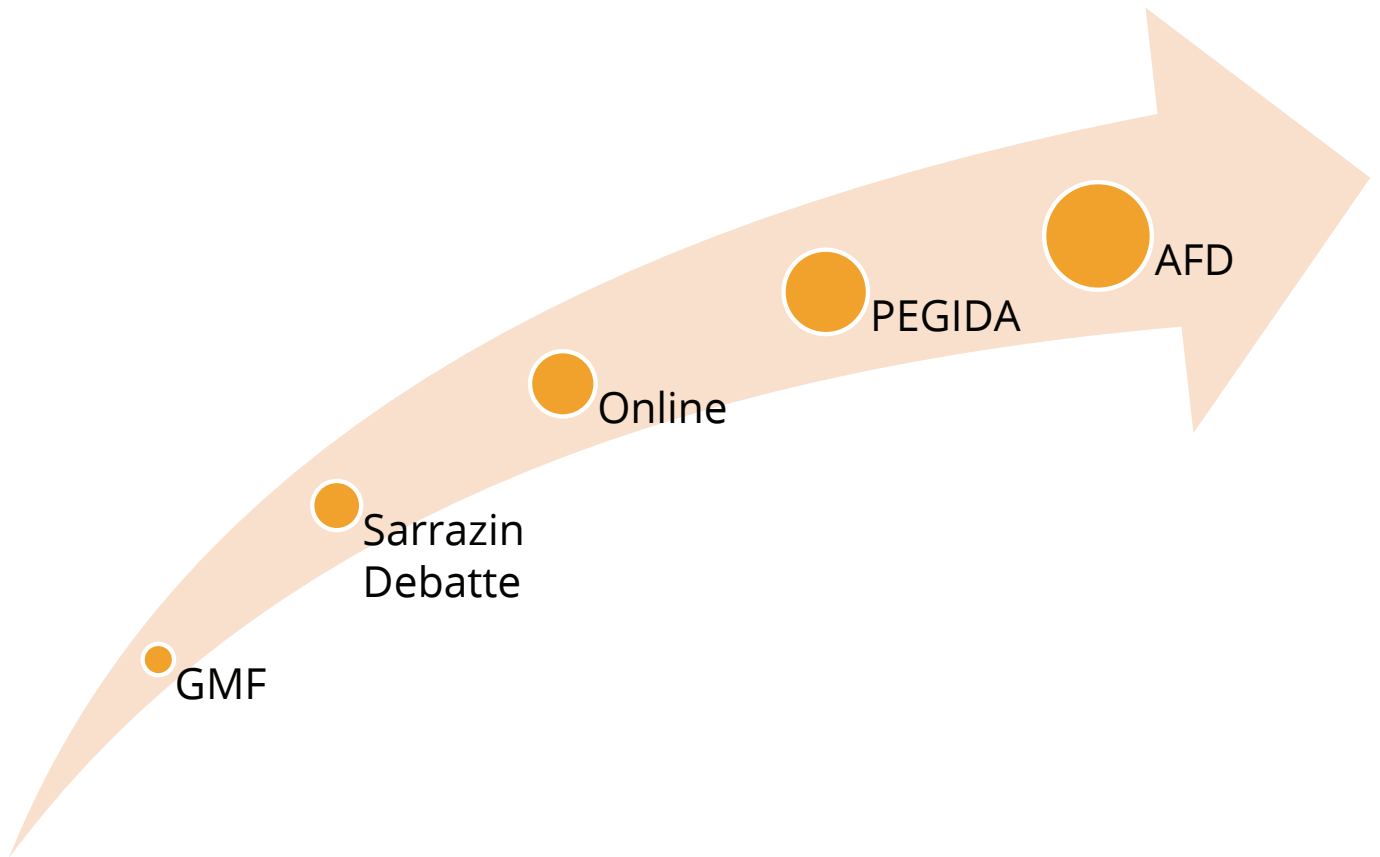
- > Eigenständiges und ökonomisch prosperierendes Deutschland in Nachbarschaft mit europäischen Ländern; aber ohne EU und finanzielle Verpflichtungen, ohne Einbindung in globale Strukturen, eigene Währung
- > Völkische Leitkultur in der Gesellschaft (inkl. konservative Moralvorstellungen und Familienbilder)
- > Ausweisung aller Muslime
- > Begrenzung der Zuwanderung nach ökonomischen Kriterien
- > Keine Förderung und Sichtbarkeit von Minderheiten
- > Übersichtlichkeit statt Vielfalt
- > Andere Geschichtsinterpretation (NS als kleiner Teil einer insgesamt glorreichen Geschichte)

ENTWICKLUNG – DER RESONANZBODEN Z. B. DRESDEN 2010

Repräsentative Studie von 2010 unter Leitung Prof. Dr. Heitmeyer (in %):

	Prohlis / Dresden	Sachsen
Ausländer sind eine Belastung für das soziale Netz.	33,6	54,2
Frauen sollten sich wieder mehr auf ihre Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	14,7	15,5
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	11,4	13,6
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	15,6	27,6
Wer irgendwo neu ist, sollte sich erstmal mit weniger zufrieden geben.	67,8	52,4
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	9,4	28,5

ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND – NACHHOLENDE ANNÄHERUNG UND SICHTBARKEIT



ZIELGRUPPEN (GROBES MUSTER)

- > Bisherige Nichtwähler
- > Protestwähler
- > Enttäuschte Konservative und Sozialdemokraten
- > National Gesinnte
- > Konservativ – liberale Schichten
- > Sozial Schwache mit Frust und Wut

FEINERER BLICK AUF ZIELGRUPPEN

(1.) Enttäuschte des „Linkskurses“ der CDU

Zitat AfD-Homepage Kreisverband Dortmund, Herr Garbe:

„Jahrelang war ich – ohne jemals Parteimitglied zu sein – CDU-Wähler. Durch ihren fortgesetzten Linksruck unter Angela Merkel verließ mich aber ganz allmählich „meine Partei“ (...) Beide großen

Volksparteien sind heute von der grünen gesellschaftspolitischen Schadsoftware hoch infiziert und merken es nicht einmal. Leider bekommt unser Land das mit einem anhaltenden Linksruck zu spüren.“

(2.) Stille Verachtung der unteren Sozialschichten

Broschüre 2005: Wirtschaftsminister Clement (damals SPD) über Langzeitarbeitslose:

„Biologen verwenden für 'Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen - ihren Wirten - leben', übereinstimmend die Bezeichnung 'Parasiten'. Natürlich ist es völlig unstatthaft, Begriffe aus dem Tierreich auf Menschen zu übertragen.“

Agenda 2010 wurde von unteren Sozialschichten empfunden als Bestrafung und Verachtung ihrer sozialen Lage und mit der SPD und ihr verbundener Institutionen verbunden.

(3.) Deutungskampf um soziale Brennpunkte

Mein erster Satz im Ruhrgebiet:

„WENN DU NACH DORTMUND ZIEHST, NIEMALS IN DEN NORDEN DER STADT.“

PROJEKTIONEN AUF NORDSTÄDTE IM POTT

Projektionsfläche für ...

- > ... Horrorszenarien (Gewalt, organisierte Kriminalität, illegale Prostitution, Drogen, Armut, unkontrollierte Armutszuwanderung, Gammelhäuser, „No-go-Areas“ für Polizisten)
- > ... Hoffnungsszenarien (neue Formen der Solidarität, multikulturelles Zusammenleben, Ansiedlung von Kultur, kommendes „In-Viertel“)

Beides ist richtig!

(Dierk Borstel/ Ute Fischer (2016): Stadtgeschichten. Soziales Dortmund im Spiegel seiner Biografien, Springer VS, Wiesbaden)

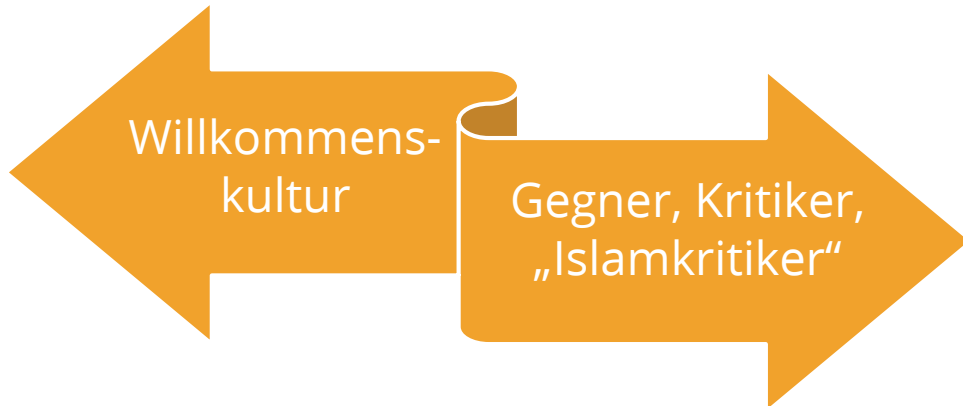
DAS PROBLEM

- > Rechtspopulisten thematisieren die Horrorszenarien. (ENTTABUISIERUNGSDIEE)
- > Rechtspopulisten thematisieren SPD-Dominanz und Verantwortung. (ANTI-SYSTEM-IDEE)
- > Bestimmende Akteure der Zivilgesellschaft/ Stadt (SPD) betonen soziale Fortschritte und ihren (Mittel-) Einsatz. (ENTFREMUNG)

(Was nicht bedeutet, dass es vor Ort keine kommunalen Anstrengungen gibt – im Gegenteil.)

FEINERER BLICK AUF ZIELGRUPPEN

(4.) Gesellschaftliche Spaltlinie Flüchtlinge



Rechtspopulisten lieben emotionale Entweder/Oder-Debatten ohne moderierende Mitte.

(Dierk Borstel/ Stephanie Sczcepanek (2017): Perspektiven auf Flüchtlinge in Dortmund – eine Konfliktanalyse, Münster (im Erscheinen))

HANDLUNGSMUSTER UND HERAUSFORDERUNGEN

- > Provokation für Aufmerksamkeit
- > Angst als Agendathema (weit jenseits der Nazis)
- > Übertreibung als Stilmittel
- > Aufklärungsmythos (vor allem im Netz)
- > Dauerfeuer der Kritik und der Spaltthemen
- > Vermeidung von inneren Spaltthemen (z. B. Forderung nach Abschaffung des Mindestlohns oder Verbot von Verhütungsmitteln)
- > Schaffung eigener Medien
- > Verdichtete Kommunikationskreise im Netz

WAS TUN?

These 1: Es braucht neue Wege.

- > Trickreiche Nazi-Raushalte-Politik wird nicht reichen.
- > Moralisierende Gut / Böse-Bilder reichen nicht.

These 2: Die Demokraten müssen besser sein.

- > Problematische Themen offen benennen.
- > Probleme transparent machen.

- > Lösungen bieten.
- > Alles zusammen kommunizieren.
- > Bürger beteiligen.

These 3: Wir müssen die demokratische Basis schützen.

- > Sich einbringen vor Ort in Parteien oder Initiativen.
- > Kritischen Journalismus bezahlen.
- > Politische Bildung ermöglichen.

WAS TUN? ...WENN DIE SPRÜCHE KOMMEN

These 4: Die Auseinandersetzung beginnt im privaten Bereich.

- > Meinungen vertreten.
- > Grenzen setzen.
- > Standards verteidigen.
- > Nicht über jedes Stöckchen springen.

These 5: Direkte Kommunikation suchen – auch mit Rechtspopulisten, Ängstlichen, Abgehängten, Skeptischen, Frustrierten usw.

- > Themen besetzen.
- > Meinungen vertreten.
- > Kritik üben.
- > Grenzen setzen.
- > Standards verteidigen.
- > Humor nicht verlieren.
- > Paradoxien und Widersprüche zulassen (Graubereiche).

WAS TUN? ...WENN FORMATE VOR ORT GESUCHT WERDEN

- > Gute Praxis muss bestehen bleiben.
- > Neue aufsuchende Formate der politischen Bildung (zuhören statt belehren, offen sein statt vorgeben).
- > Rechtsextreme Grenzüberschreitungen offen benennen.
- > Selbstvergewisserung eigener Werte ermöglichen.

WAS TUN? ...AUCH IN DER FAMILIE STRATEGIEN

Ansatz	Verständnis und Zuwendung	Ausgrenzung und Deklaration	Sachlich Nüchterne Aufklärung	Aufsuchend und Konfliktorientierung
Praxis	<ul style="list-style-type: none"> • Verständnis • Konsenssuche • Ängste ernst nehmen • Raum geben 	<ul style="list-style-type: none"> • Klare Grenzziehung gegen rechts • Verbote • Outing • Ausschluss • Kein Dialog 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufklärung über Faktoren • Vortragskunde • Erklärung • Widerspruch 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufsuchende, zuhörende Formate • Konflikthemen werden gesucht und benannt • Streit gesucht
Chancen und Grenzen	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung und Radikalisierung statt Auseinandersetzung • Eigene Werte? 	<ul style="list-style-type: none"> • Radikalisierung statt Auseinandersetzung • Eigene Werte? 	<ul style="list-style-type: none"> • Erkennt emotionale Seite nicht. • Erreicht Wenige • Kann überzeugen 	<ul style="list-style-type: none"> • Voraussetzungs voll • Ratio plus Emotion • Nimmt ernst und setzt Grenzen

WAS TUN? ...WENN SIE WAS LESEN WOLLEN

Kemal Bozay / Dierk Borstel (Hrsg.) (2017): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft, Springer VS Verlag, Wiesbaden

Dierk Borstel / Stephanie Szczepanek (2017): Perspektiven auf Flüchtlinge in Dortmund, epubli, Berlin

Anja Besand (2017): Therapeutische Zuwendung oder strategische Abwendung? Rechtspopulismus und politische Bildung, in: POLITIKUM, Nr. 2, S. 62ff

Stellungnahme des Praxisforums Rechtsextremismus unter www.gegen-vergessen.de

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

ARBEITSGRUPPE

KINDER- UND JUGENDRECHTE ERNST NEHMEN!



Claudia Kittel

Foto: DIMR/Katrin Neuhauser

Teil 1: Inhalte der UN-KRK und deren politische Bedeutung in Deutschland

Teil 2: Bedeutung der UN-KRK für die eigene Haltung in der Arbeit mit / für Kinder(n)

MENSCHENRECHTSVERTRÄGE

- > Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1966)
- > Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (1966)
- > Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (1965)
- > Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (1979)
- > Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlungen oder Strafe (1984)
- > **Übereinkommen über die Rechte des Kindes (1989)**
- > Internationales Übereinkommen zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familienangehörigen (2003)
- > Behindertenrechtskonvention (2006)
- > Konvention gegen Verschwindenlassen (2006)

KERNPRINZIPIEN DER MENSCHENRECHTE

- > Menschenrechte sind **unveräußerlich**, d.h. niemand kann sie verlieren, denn sie sind an die menschliche Existenz geknüpft.
- > Menschenrechte sind **universell**, d.h. sie gelten für alle Menschen ohne Unterschiede weltweit.
- > Menschenrechte sind **unteilbar**, bedingen einander und sind miteinander verknüpft. Kein Recht ist wichtiger als das andere.

MENSCHENRECHTE...

Dennoch sind Menschenrechte unter anderem:

- > umstritten
- > teilweise unterschiedlich interpretiert

- > zu wenig bekannt
- > einem Wandel unterlegen.

DIE INHALTE DER UN-KRK IM ÜBERBLICK

- > Präambel
- > Teil I (Artikel 1 - 41) mit sämtlichen materiellen Bestimmungen
- > Teil II (Artikel 42 - 45) mit den sog. „Durchsetzungsinstrumentarien“
- > Teil III (Artikel 46 - 54) umfasst die Schlussbestimmungen.

DIE „3 P“ DER KONVENTION

- > Protection = Schutzrechte
- > Provision = Versorgungsrechte
- > Participation = Beteiligungsrechte

DIE 4 GRUNDPRINZIPIEN DER UN-KRK

- > Artikel 2 Diskriminierungsverbot
- > Artikel 3 Vorrang des Kindeswohls
- > Artikel 6 Recht auf Leben und Entwicklung
- > Artikel 12 Recht auf Beteiligung

POLITISCHE BEDEUTUNG DER UN-KRK IN DEUTSCHLAND

Ratifizierung am 5. April 1992

„Das Übereinkommen setzt Standards, die in der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht sind, und bietet keinen Anlass, grundlegende Reformen des innerstaatlichen Rechts zu betreiben.“

(aus der Denkschrift anlässlich des Inkrafttretens der UN-KRK vom 5. April 1992)

BERICHTSVERFAHREN VOR DEM UN-AUSSCHUSS



© Deutsches Institut für Menschenrechte

* NHRI = National Human Rights Institution. Das Deutsche Institut für Menschenrechte ist die unabhängige Nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands. Es ist nach den Vorgaben der Pariser Prinzipien der Vereinten Nationen mit dem A-Status akkreditiert. Das Institut begleitet und überwacht die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und hat hierfür die Monitoring-Stelle UN-Kinderrechtskonvention eingerichtet.

ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN 2014

„The Committee remains concerned at the continued absence of a central body to monitor the implementation of the Convention on Federal, Länder and community levels, and which is also empowered to receive and address complaints of violations of children’s rights.“ (CO/C/DEU/CO/3-4; para 17)

MONITORING-STELLE UN-KRK DES DIMR

- Das Deutsche Institut für Menschenrechte ist die unabhängige Nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands.
- Es trägt zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte bei.
- Es ist gemäß den Pariser Prinzipien der Vereinten Nationen akkreditiert (A-Status).

RECHTSGRUNDLAGE DES INSTITUTS

- Das „Gesetz über die Rechtsstellung und Aufgaben des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMRG)“ regelt im Sinne der „Pariser Prinzipien“ der UN - den internationalen Maßstäben der Vereinten Nationen für Nationale Menschenrechtsinstitutionen - die Rechtsstellung, die Aufgaben und die Finanzierung des Instituts.
- Nur Institutionen, die die „Pariser Prinzipien“ erfüllen, erhalten den A-Status und haben damit Rede- und Mitwirkungsrechte bei den UN-Menschenrechtsgremien in Genf.

MONITORING-STELLEN UN-BRK UND UN-KRK

- Das Institut ist zudem mit dem Monitoring der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (gemäß Artikel 33, Absatz 2 der Konvention) sowie dem Monitoring der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland betraut worden.
- Hierfür hat es die Monitoring-Stellen „Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention“ und „Monitoring-Stelle UN-Kinderrechtskonvention“ eingerichtet.

DIE GRUNDPRINZIPIEN DER UN-KRK

Artikel 2: Achtung der Kinderrechte, Diskriminierungsverbot

(1) Die Vertragsstaaten achten die in diesem Übereinkommen festgelegten Rechte und gewährleisten sie jedem ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Kind ohne jede Diskriminierung unabhängig von der Rasse, der Hautfarbe, dem Geschlecht, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen, ethnischen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, einer Behinderung, der Geburt oder dem sonstigen Status des Kindes, seiner Eltern oder seines Vormundes.

Artikel 3: Wohl des Kindes

(1) Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.

GENERAL COMMENT NR. 14

CRC/C/GC/14

The right of the child to have his or her best interests taken as a primary consideration.

„(...) Article 3, paragraph 1, cannot be correctly applied if the requirements of article 12 are not met.“

(Ziffer 43)

DIE GRUNDPRINZIPIEN DER UN-KRK

Artikel 6: Recht auf Leben

- (1) Die Vertragsstaaten erkennen an, dass jedes Kind ein angeborenes Recht auf Leben hat.
- (2) Die Vertragsstaaten gewährleisten in größtmöglichem Umfang das Überleben und die Entwicklung des Kindes.

DIE GRUNDPRINZIPIEN DER UN-KRK

Artikel 12: Berücksichtigung des Kindeswillens

- (1) Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.
- (2) Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden.“

GENERAL COMMENT NR. 12

CRC/C/GC/12: The right of the child to be heard

- > Die Meinung von Kindern zu hören und dieser auch Gewicht zu verleihen, ist eine Pflicht der Vertragsstaaten (Ziffer 15).
- > Das Kind als Subjekt hat ein Recht auf Beeinflussung seines Lebens (Ziffer 18).
- > Beteiligung von Kindern kennt keine Altersbegrenzung (Ziffer 20).
- > Kindern sollte immer sorgfältig zugehört werden (Ziffer 27).

ARBEITSGRUPPE



Carsten Bergstedt

WIE POLITISCH IST FAMILIENBILDUNG?

„Familienbildung sollte sich viel mehr politisch engagieren, sich mehr zeigen.“

Heike Werner, Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit Frauen und Familie

ÜBER MICH

> Erzieher, Sozialarbeiter/Sozialpädagoge, Andragoge

Vergangenheit

> Jugendhilfe /Erwachsenenbildung

> Selbstständigkeit als Fundraiser

> Internationale Wirtschaftsunternehmen

seit April 2015

> Ev. Familien-Bildungsstätte Emden

AGENDA

> Familienbildungsstätte Emden / Ostfriesland

> Parteien zur Familienpolitik

> Gesetzliches Dilemma

> Ökonomie und Familienbildung

EMDEN

> Kreisfreie Stadt in Niedersachsen

> ca. 51.000 Einwohner

> Arbeitslosigkeit 8,5 % (im Vergleich: Göppingen 3,5 %)

> 6000 Hartz IV-Empfänger

> VW Hauptarbeitgeber

> 1 Hochschule, alle allgemeinbildenden Schulen, 1 VHS, 1 Fabi

> Kunsthalle, Int. Filmfestival, Otto Waalkes, Wolfgang Petersen

PARTEIPROGRAMME ZUR WAHL

CDU/CSU

Die Union setzt auf ein höheres Kindergeld und verspricht ein Plus von 25 Euro im Monat. Außerdem sollen Familien mit einem Baukindergeld unterstützt werden, wenn sie sich eine Wohnung kaufen oder ein Haus bauen.

Vage formuliert sind Ideen für ein Lebensarbeitszeitkonto oder flexiblere Arbeitszeiten.

Einen gesetzlichen Anspruch, dass Männer und Frauen gleich verdienen, plant die Union nicht.

SPD

Die SPD will eine Familienarbeitszeit einführen, die Eltern, aber auch Pflegenden, ermöglicht, weniger zu arbeiten. Die Kita-Gebühren sollen schrittweise abgeschafft, die BAföG-Leistungen verbessert werden. Kindergeld und Kinderzuschlag sollen zusammengeführt und nach Einkommen und Kinderzahl gestaffelt werden. Ein Lohnleichheitsgesetz soll dafür sorgen, dass Männer und Frauen die gleiche Bezahlung für die gleiche Leistung bekommen.

DIE LINKE

Familienpolitik soll "allen Menschen ein gutes, planbares Leben ohne Zukunftsangst" ermöglichen. Kinder erhalten einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung – die Kitas sollen flexiblere Öffnungszeiten bekommen.

Bis zum sechsten Lebensjahr ihres Kindes stehen Eltern unter einem besonderen Kündigungsschutz.

Alleinerziehende sollen besonders gefördert, der Unterhaltsvorschuss soll bis zum 18. Lebensjahr des Kindes oder dem Ausbildungsabschluss gezahlt werden.

Das Elterngeld soll steigen.

BÜNDNIS 90/GRÜNE

Kern des grünen Wahlprogramms für Familien ist ein Zwölf-Milliarden-Euro-Entlastungspaket. Ziel ist es, alle Kinder gleich gut zu unterstützen. Derzeit, so die Grünen, profitieren Eltern mit gutem Einkommen stärker von der Familienförderung als etwa Alleinerziehende. Eltern mit geringem Einkommen sollen unter anderem einen höheren Kindergeldbonus erhalten.

Die Elternzeit wollen die Grünen durch eine "Kinderzeit-Plus"-Zeit ersetzen.

Die arbeitsfreie Zeit kann genommen werden, bis die Kinder 14 Jahre sind.

FDP

Die FDP will ein Kindergeld 2.0 einführen: Es soll die bisherigen Sozialleistungen für Kinder wie Kindergeld, Betreuungsgeld, Unterhaltsvorschuss und Bildungsgutscheine ersetzen.

Das Kindergeld 2.0 soll ausschließlich den Kindern zugutekommen, nicht den Erziehungsberechtigten.

Flexible Arbeitszeiten und digitale Heimarbeit sollen Familie und Job leichter vereinbar machen.

Einseitige Familienmodelle lehnt die FDP ab. Die Steuerklasse V will sie deshalb abschaffen.

AfD

Die AfD bekennt sich zur traditionellen Familie aus Vater, Mutter und Kind/ern. Diese soll finanziell gefördert werden. Darüber hinaus will die Partei die Rechte von Vätern stärken.

Die Schule soll Regeln zu Partnerschaft, Haushalt und Erziehung vermitteln.

Im Fall einer Scheidung will die AfD, dass bei den Folgen eheliches Fehlverhalten stärker berücksichtigt wird.

GESETZLICHES DILEMMA

Sozialgesetzbuch (SGB) - Achtes Buch (VIII) - Kinder- und Jugendhilfe

(Artikel 1 des Gesetzes v. 26. Juni 1990, BGBl. I S. 1163)

§ 16 Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie

(1) Müttern, Vätern, anderen Erziehungsberechtigten und jungen Menschen sollen Leistungen der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie angeboten werden. Sie sollen dazu beitragen, dass Mütter, Väter und andere Erziehungsberechtigte ihre Erziehungsverantwortung besser wahrnehmen können. Sie sollen auch Wege aufzeigen, wie Konfliktsituationen in der Familie gewaltfrei gelöst werden können.

(2) Leistungen zur Förderung der Erziehung in der Familie sind insbesondere

1. Angebote der Familienbildung, die auf Bedürfnisse und Interessen sowie auf Erfahrungen von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und Erziehungssituationen eingehen, die Familien in ihrer Gesundheitskompetenz stärken, die Familie zur Mitarbeit in Erziehungseinrichtungen und in Formen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe besser befähigen sowie junge Menschen auf Ehe, Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vorbereiten.

2. Angebote der Beratung in allgemeinen Fragen der Erziehung und Entwicklung junger Menschen,

3. Angebote der Familienfreizeit und der Familienerholung, insbesondere in belastenden Familiensituationen, die bei Bedarf die erzieherische Betreuung der Kinder einschließen.

(3) Müttern und Vätern sowie schwangeren Frauen und werdenden Vätern sollen Beratung und Hilfe in Fragen der Partnerschaft und des Aufbaus elterlicher Erziehungs- und Beziehungskompetenzen angeboten werden.

(4) Das Nähere über Inhalt und Umfang der Aufgaben regelt das Landesrecht.

(5) (weggefallen)

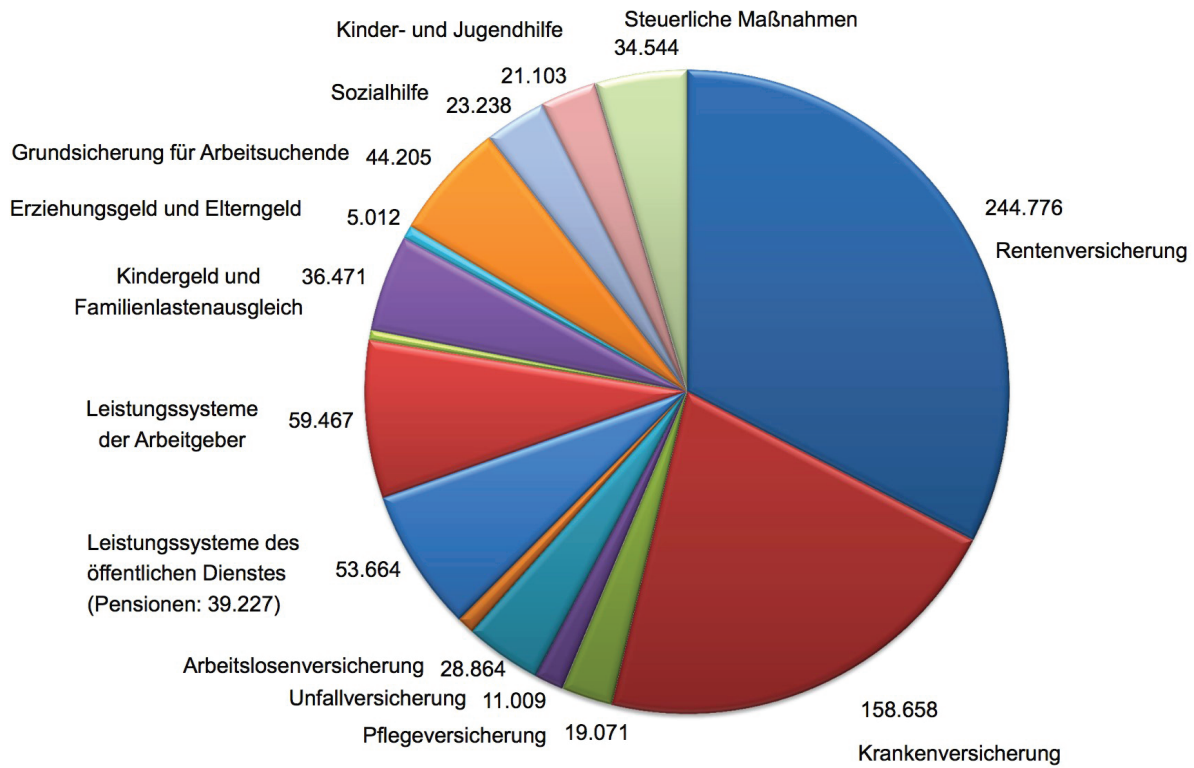
(https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_8/___16.html)

ÖKONOMIE UND FAMILIENBILDUNG

- > Ökonomische Spaltung folgt politischer Segregation.
- > Kapitalismus braucht keine Demokratie.
- > Durchlässigkeit der Schichten hat abgenommen.
- > Neoliberalisierung der Gesellschaft.
- > 80 % vs. 40 %.

- > Eigentlich müssten die Akteure der "Familienbildung" gegenwärtig eine eigenständige finanzpolitische Kompetenz aufweisen, weil die Mittel-Frage eine zunehmend alle anderen Bereiche überstrahlende existenzielle Bedeutung bekommen hat.
 - > Das aber liegt am "Föderalismus-Dilemma"!

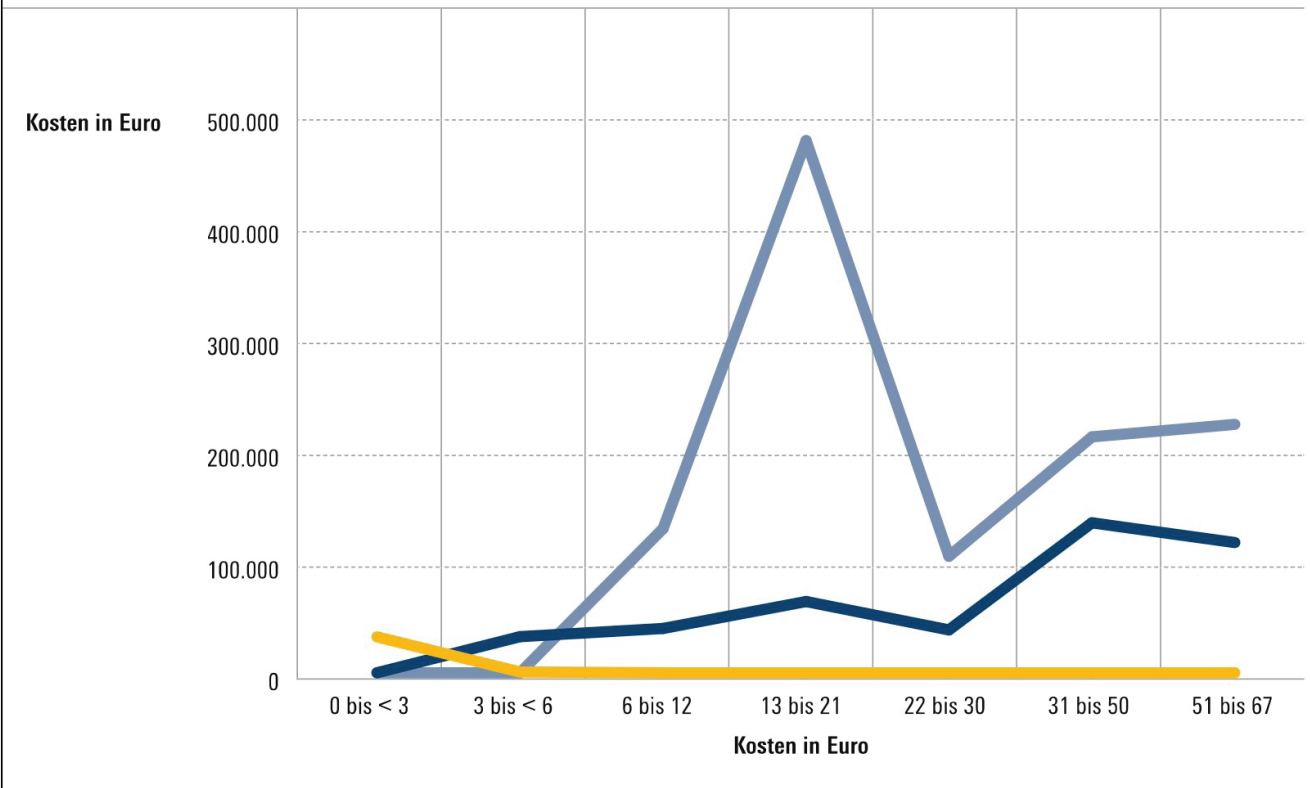
- > Eine zusätzliche Verkomplizierung erfährt das Feld der "Familienbildung" durch die historisch bedingte Tatsache, dass unter den vielen freien Anbietern viele kirchliche sind, die hier teilweise erhebliche Eigenmittel eingebracht haben bzw. einbringen.
 - > "Gewöhnungseffekt" bei den öffentlichen Kostenträgern!



Das Sozialbudget in Deutschland: 767, 6 Mrd. Euro 2011

KOSTEN FRÜHER HILFEN SOWIE FOLGEKOSTEN BEI KINDESWOHLGEFÄHRDUNG IN DER LEBENSVERLAUFSPERSPEKTIVE

Quelle der Abbildung: Meier-Gräwe/Wagenknecht (2011)



Quelle: Eigene Darstellung ■ Fröhe Hilfen ■ Kita 1 und 2 ■ Schule 1 und 2

Die folgenden zwei Fragen wurden vertieft:

1.) Sollen / Wollen Familienbildungsstätten Angebote zur Demokratiebildung in ihr Kursprogramm aufnehmen?

- › Gesellschaftliches Bürgerschaftliches Engagement / Mitwirkung: Trägt Familienbildung mit ihren Angeboten zur Demokratie-Bildung bei? Was tun wir da? Und wenn ja, wie?
- › Wie wird die Vermittlung von Werten und Normen von den Fachkräften umgesetzt?
- › Wie steht es um die Elternpartizipation hinsichtlich der Mitbestimmung und Mitwirkung an den Angeboten und dem Kursprogramm?

2.) Wie können / sollen / wollen Familienbildungsstätten auf den Ebenen Bund / Land / Kommune /Kirche (unter Beachtung des Dienstweges) politisch agieren?

- › Wie betreibt Familienbildung Lobbyarbeit für Familien?
- › Einigkeit darüber, dass auf allen Ebenen politisch agiert werden muss: Wir sind da! Uns gibt es! Gute Arbeit! Braucht Geld!
- › „Schreihals“ (<https://www.eaf-bund.de/de/projekte/perspektivwechsel>)
- › Die Herausforderungen bestehen insbesondere hinsichtlich der unterschiedlichen strukturellen Bedingungen vor Ort.

Die Diskussion wird im Fachbeirat des Forums Familienbildung der eaf fortgesetzt.

ARBEITSGRUPPE



Hanna Lorenzen

DEMOKRATIEBILDUNG IN EINER GESELLSCHAFT DER VIELFALT

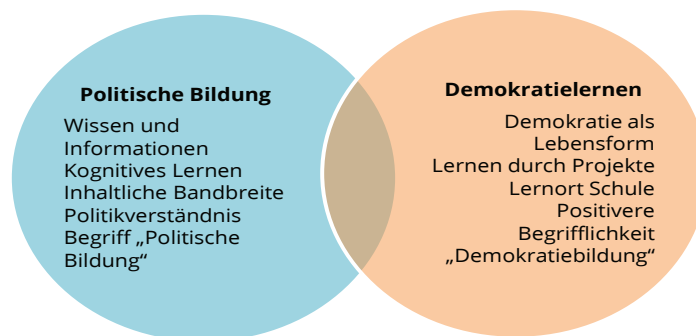
- > Demokratie-Lernen – Annäherung an ein Konzept
- > Gestaltungsprinzipien der politischen Jugendbildung
- > Vielfaltsbewusste Demokratiebildung
- > Demokratiebildung und Familie
- > Leitfragen für die Praxis

WELCHES DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS?

	Demokratie als...	
Herrschaftsform	Gesellschaftsform	Lebensform
<ul style="list-style-type: none"> • Gewährleistung der Menschen- und Bürgerrechte • Allgemeine, freie und geheime Wahlen • Parlamentarismus • Rechtsstaatlichkeit • Gewaltenteilung • Regierungskontrolle • Unabhängige Justiz • Recht auf Opposition 	<ul style="list-style-type: none"> • Friedliche Konfliktregelung • Pluralismus der Parteien • Vielfalt der Medien • Sozialer Ausgleich • Wettbewerb am Markt • Bereiche bürgerschaftlicher Selbstverwaltung 	<ul style="list-style-type: none"> • Selbständigkeit und Selbstverantwortung des Einzelnen • Gleichberechtigung • Toleranz und Anerkennung • Bürgerengagement • Partizipation • Eintreten für demokratische Werte

Gerhard Himmelmann (2002), Demokratie Lernen – eine Aufgabe moderner Bildung

DEMOKRATIELEARNEN VS. POLITIKLEARNEN?



WIE GELINGT DEMOKRATIEBILDUNG?

Demokratie-Lernen

- > Kommunikation, Kooperation, Solidarität, Perspektivübernahme
- > Ziel: Allgegemeine Partizipation
- > Ansatz: Erfahrungsbasiertes soziales Lernen > Ermöglichung und Animation.

Politik-Lernen

- > Urteilsfähigkeit, Interessenartikulation innerhalb des politischen Systems
- > Ziel: Politische Beteiligung
- > Ansatz: Auseinandersetzung mit dem realen politischen Geschehen > Wissensvermittlung.

WAS UNS BESCHÄFTIGT – DIVERSITÄTBEWUSSTE POLITISCHE BILDUNG

- > Diversitätsbewusstsein = Anerkennung der mehrdimensionalen Identität(en)
- > Prozess der Selbsterkenntnis und Selbstreflexion über die eigene Identität
- > Aufklärung und Sensibilität für die Identität anderer
- > Stärkung einer Kultur der gegenseitigen Anerkennung und Wertschätzung
- > Kritische Auseinandersetzung mit strukturellen Ungleichheitsverhältnissen.

ZIELE EINER DIVERSITÄTBEWUSSTEN POLITISCHEN BILDUNG

- > Öffnung eines Raums, in dem Teilnehmer*innen mit ihren unterschiedlichen Identitäten, Fähigkeiten und Bedürfnissen am Bildungsprozess teilnehmen können
- > Stärkung der Selbst(an)erkennung und der Anerkennung
- > Selbstbeschreibung statt Fremdzuschreibung
- > Stärkung der Akzeptanz von Mehrfachzugehörigkeiten
- > Nutzung von Diversität in der Gruppe als Ressource.

VORAUSSETZUNG FÜR EINEN GELINGENDEN UMGANG MIT DIVERSITÄT

- > Abbau von strukturellen Barrieren in der Zugänglichkeit
- > Haltung des pädagogischen Fachpersonals
 - > Bewusstmachung eigener Voreingenommenheit und Kategorisierungen

- > Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen, eigenen Verstrickungen, Diskriminierungserfahrungen
- > Offenheit, sich in der Arbeit auf individuell unterschiedliche Teilnehmer*innen einzulassen und im Prozess darauf zu reagieren
- > Methoden, die unterschiedliche Bedürfnisse von Teilnehmer*innen und die Vielfalt ihrer Erfahrungen als Ressource für einen gemeinsamen Lernprozess nutzen
- > Formate, die Offenheit und Flexibilität bieten.

DEMOKRATIEBILDUNG UND FAMILIE – LEITGEDANKEN ZUR DISKUSSION

1. Anspruch an Demokratiebildung und gelebter Realität

- > Laut UNICEF-Studie bewerten Kinder reale Partizipationsmöglichkeiten in der Schule mit 38 Prozent und in der Familie mit 48 Prozent.
- > Umgang mit dem Widerspruch in den gelebten Beziehungsverhältnissen (Familie ist per se kein basisdemokratischer Raum).

(Vgl. UNICEF (2003) Studie „Den Kindern eine Stimme geben“)

2. Kinder- und Jugendliche als „Brückenbauer“ zwischen den Diskurs-Blasen

- > Kinder machen andere Diversitätserfahrungen als ihre Eltern.
- > Auseinandersetzung mit digitalen Räumen aktiv suchen.

3. Das Politische in Themen herausarbeiten

- > Frühe Demokratieerziehung findet interdisziplinär und im Zusammenspiel verschiedener Sozialisationsräume statt (Familie, Kita, Schule, Peergroup, Verein etc.).
- > Mitbestimmung wird in jedem Gefüge anders mit Leben gefüllt.
- > Politikwissenschaftliche Perspektive in diesem Gefüge ist bisher wenig ausgeprägt; Familien als Raum für Demokratiebildung unterbelichtet.
- > Das „Politische“ in der Lebenswelt aufzugreifen als gemeinsame Aufgabe.

4. Auseinandersetzung ermöglichen - der eigenen Haltung bewusst werden

- > Eigenes Demokratieverständnis (Selbstreflektion)
- > Eigene Bezugspunkte zur Politik – gibt es positive Anknüpfungspunkte?
- > Gesprächshaltung und Gesprächsführung (auch methodische Wege aufzeigen).

GESTALTUNGSPRINZIPIEN DER AUSSERSCHULISCHEN JUGENDBILDUNG

- › Freiwilligkeit der Teilnahme und der Beteiligung
- › Mit- und Selbstbestimmung des Lernprozesses
- › Offenheit und Flexibilität
- › Pluralität der Trägerschaft
- › Erfahrungsbezogenes Lernen mit (Ergebnis)offenheit zur Aktion
- › Gruppenorientierung

(Vgl. z. B. Faulde u. Schillo (1993): Schule und außerschulische Bildungsarbeit).

KINDER UND JUGENDLICHE FÜR AUSSERSCHULISCHE POLITISCHE BILDUNG ERREICHEN

- › Bedarfsabfrage im persönlichen Kontakt mit Bezugspersonen
- › Kooperation mit einzelnen Schulen und unterschiedlichen Schulformen
- › Kooperation mit Jugendverbandsarbeit und der evangelischen Jugendarbeit
- › Anknüpfung an die Jugendsozialarbeit (z.B. Jugendhäuser)
- › Stadtquartiersarbeit
- › Peer-to-Peer-Ansätze
- › Offene Ausschreibungen
- › Sichtbarkeit für Teilnehmende schaffen (Ergebnispräsentationen, Ausstellungen, Politikergespräche etc.).

PROJEKTBEISPIEL – FAMILIENAKADEMIE IN DER et

- › Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Themen in Bildungsformaten für Familien
- › Gemeinsames Lernen und Lernen in altershomogenen Gruppen vereint in einem Format
- › Unterstützung bei der gemeinsamen Reflektion: Politische Themen in Lebenswelten sichtbar werden lassen
- › Beispiele: Kinderrechte, Umgang mit digitalen Medien, interkulturelle Begegnung (Familien mit und ohne Fluchthintergrund).

MEDIENBEISPIELE – GEOCACHING, APPS UND MINECRAFT

- › Spielerische Erkundungstouren im Lebensraum mit Caches und Apps
- › Geocaching in der politischen Bildung mit Kindern
- › Google Maps und Minecraft für die kreative Auseinandersetzung und Gestaltung mit (Lebens-) Räumen.

WEITERE THEMENFELDER FÜR EINE FRÜHE DEMOKRATIEBILDUNG

- › Heimat, die Stadt/Gemeinde
- › Familie (Kategorie Öffentlich/Privat)
- › Kinderrechte
- › Krieg und Frieden
- › Freiheit, Gerechtigkeit, Verantwortung
- › Arbeitswelt
- › Nachhaltigkeitsbildung
- › Medien und politische Medienkompetenz.

LEITFRAGEN FÜR DIE PRAXIS

- › Welche Art der Demokratiebildung gehört in die Familie?
- › Wie können Familien als Sozialisationsraum für Demokratie- und Partizipationskompetenz gestärkt werden?
- › Was müsste politisch weiter getan werden, damit Demokratiebildung früh gelingen kann?

VIELEN DANK FÜR DIE AUFMERKSAMKEIT!

Weitere und aktuelle Informationen zu politischer Jugendbildung vor Ort:

<http://www.politische-jugendbildung-et.de/>

EV. TRÄGERGRUPPE FÜR GESELLSCHAFTSPOLITISCHE JUGENDBILDUNG

- > 2 Verbände (Evangelische Akademien in Deutschland & Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend) - ein bundesweites Fachnetzwerk.
- > Die et fördert und koordiniert die Entwicklung, Durchführung und Evaluation innovativer Projekte.
- > 22 Netzwerkstellen organisieren Veranstaltungen, entwickeln neue Formate und realisieren innovative Projekte.
- > Angebote richten sich an Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen Milieus, Multiplikator*innen aus dem Bereich der Jugend- und Gesellschaftspolitik, aus Initiativgruppen und zivilgesellschaftlichen Organisationen und aus der evangelischen Jugendarbeit.

ARBEITSGRUPPE



Lara Salewski

„DER VERTRAG“ – EINE DEMOKRATIEÜBUNG

Die Übung stammt aus der Handreichung „DEMOKRATIE KONKRET! Bildungsbausteine zur Demokratiekompetenz.“ (s. u.)

Der Workshop beginnt mit einer kurzen Vorstellungsrunde, in der die elf Teilnehmenden folgenden Satz ergänzen sollen: „Der Idealtyp eines intoleranten Menschen ist für mich...“.

Durch die Vervollständigung dieses Satzes werden viele Facetten von Intoleranz deutlich. Es werden Namen von Personen genannt (z. B. Trump, Erdogan, Putin) sowie Attribute aufgezählt, die die Teilnehmenden mit Intoleranz assoziieren (z. B. nur sich selber sehend, die Wahrheit beanspruchend, von sich selbst überzeugt, unsympathisch, egozentrisch, ohne Mitgefühl, keine Akzeptanz von anderen Meinungen / Haltungen).

Interessant ist, dass mehrere der Teilnehmenden äußern, dass sie im privaten Umfeld keinen intoleranten Menschen kennen. Ferner wird angemerkt, dass der Begriff Toleranz grundsätzlich schwierig sei – wo fängt Toleranz an, wo hört sie auf?

Nach der Vorstellungsrunde bittet die Referentin die Teilnehmenden aufzustehen und sich im Hinblick auf verschiedene Antwortmöglichkeiten im Raum zu platzieren. Die Fragestellungen und Antworten lauten:

WENN ICH AM 24. SEPTEMBER WÄHLE,...

- > stehe ich voll hinter der Partei, der ich meine Stimme gebe.
- > stehe ich nur teilweise hinter der Partei, der ich meine Stimme gebe. Bei einigen Positionen dieser Partei habe ich Zweifel.
- > bin ich noch unentschlossen, welcher Partei ich meine Stimme geben werde.

EINFÜHRUNG EINER GESETZLICHEN WAHLPFLICHT IN DEUTSCHLAND?

- > Ich bin dagegen.
- > Ich bin dafür.

IN MEINEM ARBEITSKONTEXT FINDE ICH VISIONEN VON DEMOKRATIE, ALSO MENSCHEN BZW. IDEEN, DIE DEMOKRATIE AKTIV FÖRDERN UND GESTALTEN.

- > Ja – und die Wirkung ist erfolgreich!
- > Ja, aber die Wirkung dieser Aktionen ist eher schwach. Eine solche Arbeit ist schwierig.
- > Eher nicht.

Nach diesem Einstieg in die Workshop-Arbeit beginnt die Übung bzw. das Spiel mit folgendem Ablauf:

- > Die Leitung gibt jeder/jedem Teilnehmer*in eine Karte und bittet darum, den eigenen Namen darauf zu schreiben.
- > Im Anschluss daran werden einige Hinweise gegeben:
 - > Es gibt kein falsches / richtiges oder erwünschtes Verhalten.
 - > Die Spielanweisung, die anschließend gegeben wird, ist für alle frei gestaltbar; Umsetzung und Ergebnis sind völlig offen!
- > Danach wird die einzige Vorgabe dieses Spiels genannt:
 - „Die Person, die nach 15 Minuten die meisten Karten hat, darf eine Regel verkünden, diese gilt bis zum Ende des Workshops für alle Teilnehmenden.“
- > Zum Schluss erfolgt eine Reflexionsrunde im Austausch miteinander.

SPIELPHASE

Die eigentliche Spielphase – eine Zeit von 15 Minuten nach der Nennung der Vorgabe – verläuft rege. Alle Teilnehmenden bringen sich aktiv ein. Zunächst ist eine eher impulshafte Reaktion einiger Mitspieler*innen zu erkennen, indem diese ihre Karten schnell an eine andere Person – unter knapper Nennung des Motivs – weitergeben.

Darauf folgt ein kurzer Austausch über das Verständnis der Aufgabenstellung und schließlich entsteht ein

lebendiges Gespräch, in dem von einzelnen Teilnehmenden verschiedene Regeln vorgeschlagen werden und die Teilnehmenden ihre Karten - mit verschiedenen Motivlagen - hin- und hergeben.

Nach 15 Minuten stoppt die Referentin das Spiel und bittet die Teilnehmerin mit den meisten Karten, eine Regel auf eine Karte zu schreiben und diese laut zu verkünden. Die Regel heißt:

„Jede*r kommt mindestens 2x zu Wort und wir duzen uns.“

REFLEXIONSPHASE

Die Reflexionsphase umfasst zwei Abschnitte. Zunächst wird die Karte mit der Regel in die Stuhlkreismitte gelegt. Die Referentin fügt noch weitere Karten hinzu, auf die sie Stichworte notiert hat, die während der Spielphase gefallen sind. Dies sind: Zustimmung; Was ist eine Regel? Jede*r sollte Regeln bestimmen! Königin. Kann ich meine Karte zurücknehmen? Kann man erhaltene Karten weitergeben? Vorschläge unterbreiten! Vertrauen.

Bei der Reflexion sind einige Fragen zentral, um die herum sich eine vielschichtige Diskussion entwickelt:

- › Wie war die emotionale Befindlichkeit während der Übung?
- › Wie ist der Prozess verlaufen? Gab es Teilprozesse?
- › Welche Rollen wurden erkennbar? Wie verhielt es sich mit Verantwortungsübernahme?
- › Welchen Charakter hat die Regel? Wie ist sie verkündet worden?

Im zweiten Teil der Reflexionsphase wird das Gespräch inhaltlich erweitert. Die Referentin bittet die Teilnehmenden, Beispiele aus der Praxis beizusteuern, bei denen es um Entscheidungsprozesse geht. Gesucht werden Verbindungen zu realen gesellschaftlichen Vorgängen. Als Impulse werden weitere Begriffe (auf Karten) gezeigt: Partizipation, Macht, Toleranz, Konfliktfähigkeit, Freiheit, Gemeinwohl.

Anhand von Fallbeispielen werden Mechanismen und Methoden diskutiert, wie in unterschiedlichen Arbeitskontexten Macht bzw. Verantwortung zugeteilt wird und wo bzw. wie Entscheidungen getroffen werden. Allgemein bedauert wird die Tatsache, dass politische Entscheidungen oftmals nicht transparent getroffen werden. Lobbyismus und Vorabsprachen wirken

demotivierend und frustrierend auf jene, die sich am offensichtlichen / öffentlichen Prozess der Entscheidungsfindung beteiligen.

Neben diesen inhaltlichen Aspekten ist immer wieder auch ein Blick auf die Übung als solche Teil der Reflexionsphase. Die Referentin erläutert in diesem Zusammenhang, welche Ziele mit dieser Übung verfolgt werden:

- › Das Kennenlernen einer Situation, die frei gestaltbar ist.
- › Ein Bewusstsein für Entscheidungsprozesse entwickeln.
- › Die Notwendigkeit von Interessenserklärungen erkennen.
- › Spüren der Bedeutung dessen, an einer Entscheidungsfindung beteiligt zu sein.
- › Einen Aushandlungsprozess zur Findung und Formulierung einer Regel führen oder beobachten.
- › Verschiedene Funktionen, Verhaltensweisen und Rollenmuster im Hinblick auf folgende Begriffe erkennen: Macht, Verantwortung, Initiative vs. Enthaltung, Konflikt, Vertrauen, Kontrolle.
- › Das Bewusstsein schärfen, welche Verantwortung jede*r Einzelne in gesellschaftlichen Prozessen trägt.

Der Workshop endet mit einer Abschlussrunde, bei der jede*r eingeladen wird, einen Wunsch oder eine Hoffnung für die Zeit nach der Bundestagswahl zu äußern. Die Referentin bedankt sich bei allen Teilnehmenden dafür, dass sie sich auf die Übung eingelassen haben und diesen Workshop so konstruktiv und bereichernd mitgestaltet haben.

LITERATURHINWEIS

„DEMOKRATIE KONKRET! Bildungsbausteine zur Demokratiekompetenz.“; Herausgeberin: Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (2015); Download unter: www.politische-bildung.nrw.de/

ANMERKUNG ALS TEILNEHMERIN

Die Übung ist eine sehr lebendige, überaus anschauliche Praxis, um wahrzunehmen, welchen äußeren und inneren – auch höchstpersönlichen – Motiven und Impulsen die Teilnahme an einem demokratisch strukturierten Prozess folgt. Erkennbar ist, dass eben nicht allein rein pragmatische oder rationale Gründe der Antriebsmotor für ein aktives (demokratisches) Handeln dabei sind, sondern auch sehr individuelle,

auf die jeweilige Person und Persönlichkeit bezogene Interessenlagen deutlich erkennbar werden.

Handlungen, die bei dieser Übung stellvertretend für demokratische Teilnahme / Teilhabe stehen (z. B. Spielkarte abgeben, zurückfordern, Regeln formulieren u. a.) erfolgen häufig rein impulsiv, also ohne vorangegangene – eigene innere, bzw. nach außen gerichtete – Reflexion, sozusagen nach „Bauchgefühl“.

Merkmale der Demokratie wie Macht, Verhandlungsfähigkeit und –bereitschaft, Kompromisse schließen werden spürbar: als eigene Handlungs- und Verhaltensoptionen, ohne dass diese vor der „demokratischen Aktion“ im Spielumfeld reflektiert werden. Sie werden „natürlich“ gelebt und gewählt als Handlungsschritt, als Variante des Verhaltens.

Durch diese spielerische Übung und Praxis eines kleinen demokratischen Geschehens in überschaubarer Runde ist tatsächlich ganz deutlich spürbar:

DEMOKRATIE IST

Teilhabe,
ein inneres und äußeres Engagement,
eine Wahl zwischen verschiedenen Handlungsoptionen und Verhaltensweisen.

DEMOKRATIE BEDEUTET

die Freiheit, zwischen einer Vielzahl von Inhalten zu entscheiden,
eine Vielfalt der Möglichkeiten, ein Geschehen zu gestalten,
Regel zu entwerfen, sie anzuwenden, sie zu verwerfen.

DEMOKRATIE IST EIN LEBENDIGES GESCHEHEN.

Es scheint nahezu unmöglich, nur rein beobachtend, vollkommen passiv – und nicht wertend – daran teilzunehmen.

Diese Teilnahme, die innere und äußere Beteiligung ist höchstpersönlich und durch die enorme Bandbreite der Handlungsoptionen und –möglichkeiten kann sie passgerecht für mich als Individuum und auf meinen höchstpersönlichen Hintergrund zugeschnitten gelebt werden.

UND DEMOKRATIE MACHT SPASS!

Ein großes Dankeschön an Lara Salewski!
Sabine Mundolf

REFERENTEN / REFERENTINNEN



DR. JÜRGEN MÜLLER-HOHAGEN
Dachau Institut Psychologie und
Pädagogik
Leitung

Hermann-Stockmann-Str. 12
85221 Dachau
tel 08131 83 29 3
fax 08131 27 60 92
mail mueller-hohagen@dachau-institut.de



CARSTEN BERGSTEDT
Evangelische Familien-Bildungsstätte
Emden
Leitung

Am Stadtgarten 11
26721 Emden
tel 04921 24 83 2
fax 04921 97 92 88
mail info@efb-emen-leer.de



PROF. DR. REGINA KREIDE
Justus-Liebig-Universität Gießen
Institut für Politikwissenschaft

Karl-Glückner-Straße 21E
35394 Gießen
tel 0641 99 23 070
fax 0641 99 23 079
mail Regina.Kreide@sowi.uni-giessen.de



HANNA LORENZEN
Evangelische Trägergruppe für gesell-
schaftspolitische Jugendbildung (et)
Bundestutorin

Auguststraße 80
10117 Berlin
tel 030 28 39 54 17
fax 030 28 39 54 70
mail lorenzen@politische-jugendbildung-et.de



PROF. DR. DIERK BORSTEL
Fachhochschule Dortmund
Praxisorientierte Politikwissenschaft,
FB Angewandte Sozialwissenschaften

Emil-Figge-Str. 44
44227 Dortmund
tel 0231 75 58 925
fax 0231 75 54 911
mail dierk.borstel@fh-dortmund.de



LARA SALEWSKI
evangelische arbeitsgemeinschaft
familie nrw
Geschäftsführung

Lenastraße 41
40470 Düsseldorf
tel 0211 63 98 30 4
mail l.salewski@diakonie-rwl.de



CLAUDIA KITTEL
Deutsches Institut für Menschenrechte
Leiterin der Monitoring-Stelle
UN-Kinderrechtskonvention

Zimmerstraße 26/27
10969 Berlin
tel 030 25 93 59 241
fax 030 25 93 59 59
mail kittel@institut-fuer-menschenrechte.de

eaf e.V.

Auguststraße 80

10117 Berlin

tel 030 283 95 400

fax 030 283 95 450

mail info@eaf-bund.de

web www.eaf-bund.de